№ 08 | 2019 | 73. Jahrgang | € 2,50

Arbeit&Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

www.arbeit-wirtschaft.at

Ein gutes Leben für alle!

Nur Utopie oder realistisches Ziel – was wird es dazu brauchen?

Coverstory / 6
Der Sozialstaat als Sprungbrett
Wie man Wohlbefinden messen kann und welche Rolle Umverteilung dabei spielt.

Interview / 18
Gerechte Steuern nötig
Ökonom Alois Guger über die gerechte Verteilung und nötige soziale Reformen.

Essay / 30
Schein oder Sein: eine gute Frage
Warum „ein gutes Leben für alle" eng mit dem Wohlfahrtsstaat verknüpft ist.

© Matthias Übergrüber

18

Interview

Alois Guger, emeritierter Wissenschafter am WIFO, über ein gutes Leben aus ökonomischer Sicht und was sich ändern muss, wenn weiterhin viele Menschen am Wohlstand teilhaben sollen.

30

Essay

Was verstehen die Menschen unter dem guten Leben? Gesundheit, Familie und FreundInnen sowie ein gutes Zuhause rangieren vor Statussymbolen.

Schwerpunkt

Wo Mottos gelebt werden 12

Der ÖGB und die Gewerkschaften setzen sich dafür ein, dass die Werte für ein gutes Leben für alle nicht verloren gehen.

Gutes Auskommen 14

In Österreich sind die Löhne durch ein dichtes Netz an Kollektivverträgen abgesichert. Davon profitieren untere Einkommen.

Arbeitszeit? Verkürzen! 16

Die 60-Stunden-Woche ist eingeführt. Die Mehrheit der Beschäftigten wünscht sich aber eine Arbeitszeitverkürzung.

Über die Vermessung von Wohlstand 22

Die Arbeiterkammer Wien gibt jährlich einen Wohlstandsbericht mit Augenmerk auf den gesellschaftlichen Wohlstand heraus.

Es gibt Arbeit! 26

Schwächelnde Konjunktur und steigende Arbeitslosigkeit sind nicht naturgegeben. Rechtzeitig gegensteuern ist wichtig!

Langzeit-Geduldsprobe 28

Noch immer verdienen Frauen weniger, arbeiten häufiger unbezahlt und haben weniger Freizeit als Männer.

Emanzipation statt Marktwert 36

Wollen wir in einer demokratischen Gesellschaft leben, muss sich das Bildungssystem weiterentwickeln.

Das gute Vermögen 38

Öffentliches Vermögen ist gut für uns alle – und bietet Raum für Gestaltung und Visionen.

Das Beste beider Welten 40

Eine Beschäftigungsgenossenschaft als Weg aus dem Prekariat für Ein-Personen-Unternehmen?

Falls nicht anders gekennzeichnet: Fotos © ÖGB-Verlag/Michael Mazohl, Konzeption: Thomas Jarmer

6 **Coverstory**
Ein starker Sozialstaat bleibt wichtig, er sorgt für Gerechtigkeit und Umverteilung.

Standards

Historie: Sozialstaat und Solidarität 4
Standpunkt: Für alle, nicht die wenigen 5
In fünf Schritten zum guten Leben 24
Nicht zuletzt – von Ingrid Reischl 43
A&W blog 44
Aus AK & Gewerkschaften 45
Man kann nicht alles wissen 46

Erklärungen aller markierten Worte.

Impressum

Redaktion „Arbeit&Wirtschaft“:
Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien,
Tel.: (01) 534 44-39263 Dw.,
Fax: (01) 534 44-100222 Dw.,
Sonja Fercher (CvD),
Sonja Adler (Sekretariat): 39263 Dw.
E-Mail: **sonja.adler@oegb.at**
Internet: **www.arbeit-wirtschaft.at**

Abonnementverwaltung und Adressänderung:
Suzana Stojancic, Bianca Behrendt, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Tel.: (01) 662 32 96-0
E-Mail: **aboservice@oegbverlag.at**

Redaktionskomitee:
Sonja Adler, Thomas Angerer, Lucia Bauer, Andreas Berger, Romana Brait, Gerhard Bröthaler, Adi Buxbaum, Georg Feigl, Sonja Fercher, Andreas Gjecaj, Oliver Gruber, Richard Halwax, Melissa Huber, Georg Kovarik, Florian Kräftner, Iris Krassnitzer, Vera Lacina, Heinz Leitsmüller, Sabine Letz, Pia Lichtblau, Michael Mazohl, Martin Müller, Klaus-Dieter Mulley, Ruth Naderer, Martin Panholzer, Brigitte Pellar, Sybille Pirklbauer, Philipp Schnell, Valentin Schwarz, Georg Sever, Nikolai Soukup, Josef Thoman, Christina Weichselbaumer, Christina Wieser, Michael Wögerer, Gabriele Zgubic, Karin Zimmermann

Redaktionsmitglieder:
Sonja Fercher (Chefredakteurin), Sonja Adler (Sekretariat), Thomas Jarmer (Artdirektion, Layout & Grafiken), Nicola Skale (Grafik und Layout)

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Sonja Fercher (CvD), Sonja Adler, Beatrix Beneder, Michael Bonvalot, John Evers, Astrid Fadler, Sophia Fielhauer-Resei, Boris Ginner, Heike Hausensteiner, Thomas Jarmer, Nani Kauer, Pia Kranawetter, Michael Mazohl, Beatrix Mittermann, Brigitte Pellar, Ingrid Reischl, Christian Resei, Iris Strutzmann, Alexia Weiß

Herausgeber:
Bundesarbeitskammer, 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20–22, und Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber:
Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-0 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw.
E-Mail: **zeitschriften@oegbverlag.at**
Internet: **www.oegbverlag.at**

Hersteller: Walstead Leykam Druck GmbH & CO KG, 7201 Neudörfl, Bickfordstr. 21

Verlagsort: Wien

Herstellungsort: Neudörfl

Preise (inkl. MwSt.):
Einzelnummer: € 2,50;
Jahresabonnement Inland € 20,–;
Ausland zuzüglich € 12,– Porto;
für Lehrlinge, StudentInnen und PensionistInnen ermäßigtes Jahresabonnement € 10,–
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-0,
E-Mail: **aboservice@oegbverlag.at**

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25:
www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

ISSN (Print) 0003-7656, ISSN (Online) 1605-6493, ISSN (Blog) 2519-5492

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe.

Sozialstaat und Solidarität

Der Wissenschafter Oskar Negt warnte schon 2004: Ein Abbau des Sozialstaats gefährdet gesellschaftliche Solidarität und Demokratie.

Der deutsche Sozialphilosoph Oskar Negt erklärte 2004 in seiner Streitschrift „Wozu noch Gewerkschaften?“: ***Die Gewerkschaft muss ihr politisches Mandat erweitern. Das bedeutet nicht, dass sie zu einer Ersatzpartei werden soll, sondern dass sie sich ihres historischen Auftrages für die gesamte gesellschaftliche Entwicklung bewusst wird. Die Gewerkschaften stehen nicht nur für die lebendige Arbeitswelt, sondern auch für Gestaltungswillen in der Gesellschaft.*** In der Wiederentdeckung der gesellschaftspolitischen Funktion der Gewerkschaftsbewegung sah Negt die beste Chance zur Verteidigung des Sozialstaats – eine Einschätzung, die auch in den ÖGB-Gewerkschaften heftig diskutiert wurde. Der Sozialstaat sei, so Negt, nicht nur die große gewerkschaftliche Erfolgsstory nach 1945, ein „Kampfresultat der Nachkriegsgewerkschaften“, sondern nach wie vor das wirtschaftlich vernünftigste System im Kapitalismus und vor allem als Modell einer solidarischen Gesellschaft nach wie vor Voraussetzung für die Sicherung echter Demokratie:

Die große politische Ökonomie des Bürgertums, von Adam Smith … bis hin in die moderne Zeit, zu Keynes und dem ökonomischen Denken der Nachkriegszeit … hatte den durchgehenden Grundgedanken, dass betriebswirtschaftliche Rationalität und die Vernunft von Wohlfahrtsökonomie nicht deckungsgleich sind. …

Die demagogisch-rhetorische Frage: Wer soll denn die Fortexistenz unseres Sozialsystems noch bezahlen? ist Anlass für eine ganz andere Frage: Wer wird die gesamtgesellschaftlichen Kosten tragen, wenn die Sozialsysteme ausgehöhlt werden oder zerbrechen?! Denn sozialstaatliche Sicherungen, ein Minimum an Verantwortungsethik der Mächtigen in unserer Gesellschaft, sind Voraussetzung, um das Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit zu beachten. Maßverhältnisse dieser Art und Machtkontrollen, die über die Rechtsverhältnisse hinausgehen und eine Art öffentliche Moral dokumentieren, sind keine Kleinigkeit für ein demokratisches Gesellschaftssystem, sondern Grundpfeiler seiner Existenzfähigkeit. Dazu gehören selbstverständlich auch Steuergerechtigkeit und Zugriffsmöglichkeiten des Staates, wenn Großkonzerne und sonstige wirtschaftlich Mächtige in den eigenen Betrieben Kosten reduzieren und auf die Gesamtgesellschaft abwälzen. …

Wo immer vom Umbau des Sozialstaats geredet wird, der seine Zukunftssicherung garantieren soll, in Wirklichkeit aber die neoliberale Entstaatlichung der Gesellschaft fördert, die vor allem den Mächtigen zu Gute kommt, muss mit allem Nachdruck und in aller Öffentlichkeit auf der geschichtlichen Erkenntnis beharrt werden, dass Sozialstaat und Demokratie eine untrennbare Einheit bilden. …

Die Menschen sind gesellschaftliche Lebewesen … Das bedeutet … auch, dass das Soziale und die Solidarität mit anderen, also das Gemeinwesen, unersetzlich sind. Der Sozialstaat bildet gleichsam die Korsettstangen demokratischer Verhältnisse …

Solidarität beruht in erster Linie darauf, dass verschiedene Interessen gegenseitig geachtet und anerkannt werden, dass kein Konkurrenzkampf auf Leben und Tod abläuft … Solidarität ist etwas anderes als Nächstenliebe, wobei sich beides nicht ausschließt.

Was wir ersehnen …

Dieser Vers aus dem Revolutionsjahr 1848, die Übersetzung eines französischen Kampftextes und fälschlich meistens dem Dichter Ferdinand Freiligrath zugeschrieben, wurde zum Motto der jungen österreichischen ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsbewegung. Er sprach schon damals – mit Ausnahme der Kranken- und Unfallversicherung – die Eckpfeiler eines solidarischen Sozialstaats an.

Ausgewählt und kommentiert von
Brigitte Pellar
brigitte.pellar@aon.at

Für alle, nicht die wenigen

Standpunkt

Sonja Fercher
Chefredakteurin
Arbeit&Wirtschaft

Schneller, höher, stärker: Kaum ein Produkt verkörpert dieses Prinzip momentan besser als das Auto. Heutzutage wirkt der alte 911er-Porsche wie ein Matchboxauto im Vergleich zu den immer riesiger werdenden SUVs. Dieser scheint zum neuen Kleinwagen zu werden, auf den man früher jahrelang gespart hat. Groß und stark muss es heute sein. Entsprechend müssen auch jene Kraftfahrzeuge größer werden, mit denen man zeigt, dass man „wer ist" – und in der Formulierung „wer sein" steckt drinnen, dass es einem gut geht.

Schneller, höher, stärker: Nicht nur beim Konsum scheint dieses Motto, das eigentlich von den Olympischen Spielen stammt, momentan den Ton anzugeben. Auch die Arbeitswelt beschreibt es leider sehr gut: Es muss immer mehr immer schneller, aber auch immer besser gearbeitet werden.

Dass die Werbung so agiert, ist völlig logisch, denn um eine Nachfrage zu generieren, müssen zunächst Mängel ausgemacht werden, die man mit entsprechenden Angeboten füllen kann – auf dass die Umsätze passen. Damit sie steigen, muss die Angebotspalette freilich ständig ausgebaut werden.

Kurzum, Werbung versucht kollektive Ziele zu formulieren: Nur wer diese oder jene Produkte besitzt, führt ein gutes Leben. Nur ein gutes? Nein, der Anspruch geht weit darüber hinaus: Es geht um das eine, richtige Leben. Dieser in der Werbung völlig logische Grundsatz ist mittlerweile auch in die politische Debatte übergeschwappt. So wird auch verständlich, weshalb etwa über Klimaschutz so emotional diskutiert wird.

Allerdings liegt dem ein sehr eindimensionales Menschenbild zugrunde. Denn was Menschen unter „einem guten Leben" verstehen, das ist sehr individuell. Die einen leben gerne in der Stadt, die anderen gerne am Land. Für manche bedeutet ein gutes Leben, dass sie nach Jahren der Obdachlosigkeit wieder in die eigenen vier Wände einziehen können. Oder aber es ist der Job, den sie nach Jahren der verzweifelten Suche endlich antreten können. Für manche Beschäftigten ist das Plus am Konto wichtig, um sich bestimmte Dinge leisten zu können, für andere ist es das Mehr an Freizeit – und oftmals ändern sich die Ansprüche je nach Lebensphase.

Rahmenbedingungen schaffen

Aufgabe von Politik ist es nicht, eine Bewertung vorzunehmen und nur jenes Modell zu fördern, das sie jeweils für „das beste" hält. Es geht darum, die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Menschen ein gutes Leben führen können – was auch immer sie selbst darunter konkret verstehen. Ihre Prioritäten sind klar, an vorderster Stelle rangiert die Gesundheit. Dieses Thema ist zugleich ein ausgezeichnetes Beispiel dafür, was Gewerkschaften unter einem guten Leben für alle verstehen: Gesundheit soll eben nicht nur ein Privileg der wenigen Wohlhabenden sein, sondern alle sollen im Fall von Krankheit in den Genuss einer guten Behandlung kommen. Damit Menschen gar nicht erst krank werden, kann Politik an vielen Schrauben drehen: Sie kann Rahmenbedingungen für gute Arbeit schaffen, damit diese nicht krank macht. Sie kann den Wohnungsmarkt regulieren, damit gutes Wohnen kein Privileg der wenigen ist. Ein gutes öffentliches Bildungssystem wiederum sollte gute Chancen für alle Kinder gewährleisten.

All das braucht eine solide Finanzierung. Dafür wiederum ist eine Änderung des Steuersystems nötig, denn Vermögende leisten momentan nur einen marginalen Beitrag, während Arbeit massiv belastet wird. Dazu gehört auch, dass wir über eine faire Verteilung der Wohlstandsgewinne diskutieren, sprich faire Löhne. Letztlich geht es auch darum, das vorherrschende Verständnis von Wohlstand infrage zu stellen.

Dazu braucht es einen Gestaltungswillen – und es geht darum, sich dabei nicht nur stur nach den Anforderungen und Wünschen von Unternehmen zu richten, sondern auch die Wünsche und Bedürfnisse der Beschäftigten zu berücksichtigen. Denn es geht eben nicht nur darum, ein gutes Leben von wenigen zu ermöglichen, sondern eines für alle!

Ein gutes Leben *für alle*

Warum es weiterhin einen starken Sozialstaat braucht. Oder: Warum sich selbst der Nächste zu sein nicht immer dafür sorgt, dass es dem Einzelnen besser geht.

Text Alexia Weiss, **Fotos** Michael Mazohl
Konzeption & Produktion Thomas Jarmer

Ein gutes Leben: Wer wünscht sich das nicht? Was ein gutes Leben ausmacht, das wird jeder Einzelne unterschiedlich beantworten. Vergleicht man die Faktoren, die Menschen nennen, finden sich aber auch viele Überschneidungen, betont Armutsforscherin Michaela Moser vom Ilse Arlt Institut für Soziale Inklusionsforschung. Und rasch wird klar: Geld ist wichtig zur Existenzsicherung, aber Geld allein sorgt nicht für ein gutes Leben.

„Das gute Leben hat vielfältige Aspekte", so Moser. Diese beginnen dabei, ein Dach über dem Kopf und ausreichend zu essen zu haben oder Kleidung. Sie gehen über eine gute Gesundheitsversorgung, den Zugang zu Bildung, Mobilität, Erholungsmöglichkeiten und Urlaub. Und sie reichen bis zu guten Beziehungen zu anderen Menschen sowie zur Natur. Auch gehören Werte wie Freiheit, Sicherheit, Geborgenheit und Zugehörigkeit dazu. Es geht also immer um materielle und immaterielle Aspekte, wobei das eine oft Auswirkungen auf das andere hat. Ein Beispiel nennt Simon Theurl, Arbeitsmarktexperte der AK Wien: Langzeitarbeitslose leben nicht nur finanziell prekär. Sie leiden auch unter zunehmend schwindender Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und treffen immer seltener FreundInnen. Das wiederum führt zu Vereinsamung und auch zunehmenden gesundheitlichen Problemen.

Indizien für das gute Leben

Aber wie misst man eigentlich ein gutes Leben? Man könnte das Bruttoinlandsprodukt heranziehen. Dieser ökonomische Indikator lässt zwar den Wohlstand von Ländern vergleichen, er sagt aber nichts über die Verteilung aus, gibt Armutsforscherin Moser zu bedenken. „Das gute Leben kommt dann möglicherweise nur einem kleinen Prozentsatz der Bevölkerung zu." Andere Indizes erfassen daher verschiedenste Aspekte von Einkommen, Wohnen und Bildung bis zur Work-Life-Balance und der Möglichkeit, sich in der Zivilgesellschaft zu engagieren.

„Eine gleichere Einkommensverteilung geht beispielsweise mit höherem subjektivem Wohlbefinden, weniger gesundheitlichen Problemen, mehr Vertrauen in die Mitmenschen und mehr Geschlechtergerechtigkeit einher."

Franziska Disslbacher, Ökonomin der AK Wien

Ein solcher Index ist der „Better Life Index" der OECD. Die letzten verfügbaren Daten stammen aus dem Jahr 2017, damals schnitt Österreich bei der Bewertung im Vergleich zu anderen Ländern gut ab. In den Themenbereichen Einkommen und Vermögen, Gesundheit, Wohnen, Beschäftigung, subjektives Wohlbefinden, Sicherheit, soziale Beziehungen, Umwelt und Bildung lag Österreich über dem OECD-Schnitt. Unterdurchschnittlich positionierte sich das Land allerdings in den Bereichen Zivilengagement und Work-Life-Balance. Letztere dürfte sich für viele ÖsterreicherInnen durch die Einführung von 12-Stunden-Tag und 60-Stunden-Woche noch weiter verschlechtert haben.

Klar wird durch solche Vergleichssysteme aber vor allem: Es geht auch immer um das Thema Verteilung. Vor genau zehn Jahren setzten der Wirtschaftshistoriker Richard Wilkinson und die Epidemiologin Kate Pickett bereits hier an. In ihrem Buch „Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind" zeichnen sie nach, dass Gesellschaften mit niedriger Ungleichheit am besten geeignet sind, ein gutes Leben für alle zu gewährleisten. Ihr Fazit: Obwohl Menschen heute länger und komfortabler als je zuvor leben, leiden sie in hohem Ausmaß psychisch und emotional. „Langfristig haben Ängste, Depressionen und andere soziale Probleme mit wachsendem Wohlstand zugenommen", so die beiden Wissenschafter.

Gleichheit ist besser

Es gibt aber Länder, in denen dies weniger stark der Fall ist. Dort ist die Verteilung besser. In Japan und den skandinavischen Ländern besitzen die reichsten 20 Prozent nur knapp viermal so viel wie die ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung. Psychischer und sozialer Druck macht sich nämlich auch durch Ungleichheit breit. „Der Grad der Einkommensunterschiede hat einen großen Einfluss darauf, wie die Menschen miteinander umgehen", so Wilkinson und Pickett. Und: Gewalt und Gesundheitsprobleme sind Phänomene in Gesellschaften mit deutlicher sozialer Ungleichheit. „Eine gleichere Einkommensverteilung geht beispielsweise mit höherem subjektivem Wohlbefinden, weniger gesundheitlichen Problemen, mehr Vertrauen in die Mitmenschen und mehr Geschlechtergerechtigkeit einher", betont auch Franziska Disslbacher, Ökonomin in der AK Wien.

Österreich ist von Verteilungsgerechtigkeit allerdings weit entfernt. Hier besitzt das oberste Prozent der Haushalte etwa 40 Prozent des Privatvermögens. Das sei „eine massive Konzentration in den Händen weniger", so Disslbacher. Es geht aber nicht nur um Vermögen, sondern auch die Abgeltung von Arbeit. Hier sei Österreich im OECD-Vergleich wie die USA ein sehr ungleiches Land, sagt Michael Ertl, ebenfalls Ökonom in der AK Wien. Es gebe nämlich eine immer größer werdende Kluft zwischen ATX-ManagerInnengehältern und dem Medianeinkommen, also jenem Einkommen, bei dem 50 Prozent der arbeitenden Menschen weniger und 50 Prozent mehr verdienen. „Anfang 2000 verdienten ATX-ManagerInnen noch etwa das 20-Fache, mittlerweile ist es bereits das 65-Fache. Es bräuchte hier wieder eine angemessene Relation, um das Auseinanderdriften der Einkommen zu verhindern."

Ausgleich durch Sozialstaat

Andererseits ist es so, dass Österreich durch seinen Sozialstaat einiges wieder wettmacht, wenn man sich die Einkommen nach der Umverteilung ansieht. Dadurch zähle Österreich zu den egalitäreren Ländern und weise eine relativ breite Mitte auf, so Ertl. „Der Sozialstaat ist die größte zivilisatorische Errungenschaft des 20. Jahrhunderts“, zitiert AK-Sozialexperte Josef Wöss den früheren deutschen Bundeskanzler Helmut Schmidt. Heute gehe es darum, diese Errungenschaft zu bewahren, um so auch die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu bewältigen.

Und die Herausforderungen sind größer, als noch vor 20 Jahren angenommen. Die Digital-Expertin Ingrid Brodnig liefert in ihrem eben erschienenen Buch „Übermacht im Netz“ einen kritischen Befund. Mit dem Großwerden des Internets ging die Hoffnung einher, „dass die Digitalisierung ein zusätzlicher Motor hin zu einer gerechteren, aufgeklärteren Gesellschaft sein würde“, so Brodnig. „Diesen Optimismus habe ich verloren. Ich erkenne: Es ist auch eine andere, eine düstere Variante des Internets möglich. Wir stehen derzeit an einem Scheideweg.“

Einerseits werde das Internet auf eine Weise eingesetzt, die Gefahren für die Demokratie berge. Inzwischen ist bekannt, wie durch das Auswerten von Daten auch die Stimmung zugunsten oder zuungunsten von politischen Parteien verändert werden kann. Das Netz brachte aber auch jede Menge prekäre Jobs in der Digitalwirtschaft sowie massive Steuerungerechtigkeiten. Wenn Staaten Millionen und Milliarden an Steuereinnahmen entgehen, kann allerdings weniger in das Gemeinwohl investiert werden. Und gerade das ist nötig, um mehr Gleichheit zu schaffen und so möglichst vielen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen.

Gutes System mit Schwächen

Wöss stellt dem Sozialstaat in Österreich ein gutes Zeugnis aus. „Alle Menschen durchlaufen Lebensphasen, in denen sie mehr oder weniger Unterstützung brauchen“, so Wöss. Der Sozialstaat organisiere diese Unterstützung, sodass möglichst alle Menschen erreicht werden und dass die Unterstützung da sei, wenn sie gebraucht werde. „Im Kern funktioniert das in Österreich recht gut. Wir dürfen uns das nicht schlechtreden lassen.“ Nicht zuletzt die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 zeigte, dass der Sozialstaat hier als „automatischer Stabilisator“ fungiert habe. „Und wo es Schwachstellen gibt, wie zum Beispiel bei den vielen sehr niedrigen Frauenpensionen, müssen wir gegensteuern und für mehr Gerechtigkeit sorgen.“

Gravierende Einschnitte

Die türkis-blaue Regierung unter Kanzler Sebastian Kurz versuchte allerdings, den Sozialstaat weiter zu beschneiden, anstatt ihn zu stärken und auszubauen. Kleinen Verbesserungen wie dem Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen oder der Einführung des Familienbonus stehen massive Rückschritte gegenüber. „Die gravierendsten Einschnitte der letzten Regierung waren der 12-Stunden-Tag, die Abschaffung der ‚Aktion 20.000‘ für ältere Arbeitslose, die Machtverschiebung zu den Arbeitgebern in der Sozialversicherung und die Senkung der Mindestsicherung vor allem für Kinder“, so der AK-Experte. Dazu komme, dass die Sozialpartner außen vor gelassen wurden. Dabei war die Einbindung der Sozialpartner traditionell eine zentrale Stärke des Sozialstaats in Österreich, gibt Wöss zu bedenken.

Und: Die Einschnitte lassen sich auch bereits in Zahlen gießen. Österreich gehört laut dem von der NGO Social Progress Imperative in Zusammenarbeit mit Deloitte seit 2013 herausge-

„Wo es Schwachstellen gibt, wie zum Beispiel bei den vielen sehr niedrigen Frauenpensionen, müssen wir gegensteuern und für mehr Gerechtigkeit sorgen.“

Josef Wöss, AK-Sozialexperte

„Der Sozialstaat ist die größte zivilisatorische Errungenschaft des 20. Jahrhunderts."

Josef Wöss, AK-Sozialexperte

gebenen Social Progress Index zwar zu den Ländern mit sehr hohem Standard. Das Land fällt aber im Vergleich zu anderen Ländern langsam zurück. Vor drei Jahren lag Österreich unter den 149 erfassten Staaten noch auf Platz 13, 2019 belegte es nur mehr den 20. Rang. Sehr gut liegt Österreich laut Bernhard Gröhs, CEO von Deloitte Österreich, bei der Verfügbarkeit leistbaren Wohnraums, Sicherheit oder dem Zugang zu Trinkwasser. Weniger stark entwickelte sich das Land aber in den Bereichen „Chancen und Möglichkeiten" und „Grundlagen des Wohlbefindens".

Leistungsfähiges Gesundheitssystem

Hier schließt auch der Befund von Wolfgang Panhölzl, AK-Experte für das Gesundheitssystem, an. Österreich habe ein gutes, leistungsfähiges Gesundheitssystem. Doch die Sozialversicherungs-Organisationsreform, von Türkis-Blau auf den Weg gebracht und derzeit in Umsetzung, gefährde das System und damit jeden einzelnen Versicherten. Dem Gesundheitssystem würden im Zuge der Zusammenlegung von Versicherungsträgern 2,1 Milliarden Euro entzogen. Darüber hinaus würden UnternehmervertreterInnen die Kontrolle übernehmen, das werde eher nicht zu Verbesserungen für die Versicherten führen. Fazit: Die Sozialversicherungsreform bringe Einsparungen bei den PatientInnen und nicht im System.

Weitere Verschärfungen

Die Arbeitszeitflexibilisierung war ein zweites Prestigeprojekt der Regierung Kurz. Sie steht für Arbeitsmarktexperten Theurl „im Zeichen der marktliberalen Reformdynamik, die seit den 1980er-Jahren die europäischen Wirtschafts- und Sozialräume erfasst hat und explizit darauf abzielt, den Druck zur Arbeitsaufnahme zu erhöhen". Mit der Einführung des 12-Stunden-Tages und der 60-Stunden-Woche ging seitens der türkis-blauen Regierung auch eine Verschärfung der Bedingungen für den Erhalt von Sozialleistungen einher. Begründet wurde dies mit dem Ziel der rascheren Arbeitsaufnahme. Theurl konstatiert einen Wandel von „Welfare" zu „Workfare". Dieser „erhöht den Druck auf Erwerbslose und die Bereitschaft der Bevölkerung, auf flexibilisierten Arbeitsmärkten teilzunehmen und prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu akzeptieren".

Druck aufs Individuum

Besonders sauer stößt Theurl die Streichung der „Aktion 20.000" auf. Sie gab älteren Langzeitarbeitslosen Hoffnung, doch noch einen Arbeitsplatz zu finden, und lief durchaus erfolgversprechend an, wie erste Evaluierungen zeigten. Das Kabinett Kurz beendete nicht nur diese wichtige Maßnahme, sondern strich auch Fördermittel für Asyl- und subsidiär Schutzberechtigte. Gleichzeitig wird die Verantwortung dafür, ob man Arbeit hat oder nicht, auf das Individuum geschoben. Dieser steigende Druck wiederum erhöhte die Bereitschaft, prekäre Arbeitsverhältnisse zu akzeptieren, „und verstärkt die disziplinierende Wirkung von Arbeitslosigkeit", so der Arbeitsmarktexperte. Dass es weit weniger offene Stellen als Arbeitssuchende gibt, scheint den politisch Verantwortlichen da gut zu passen. Auch so kann das Lohnniveau nach unten gesenkt werden. Kurz vor der Nationalratswahl Ende September wurde auf Initiative von SPÖ und FPÖ im Parlament immerhin eine Förderung für Langzeitsarbeitslose über 50 Jahren beschlossen. Für sie sollen nun bis zu 50 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Interessanterweise stimmte auch die ÖVP dieser Maßnahme zu – die Begründung: Es könnten dadurch mehr Jobs in der Privatwirtschaft gefördert werden.

Konflikte und Spaltung

Das Traurige: Sowohl die Umwandlung der Mindestsicherung in die Sozialhilfe, die vor allem zugewanderten Menschen Mittel kürzt, als auch Maßnahmen wie die Indexierung der Kinderbeihilfe, die die Höhe dieser Unterstützung nun nach den Lebenshaltungskosten des jeweiligen Wohnstaates bemisst, was zum Beispiel Kürzungen für eine rumänische Pflegekraft bedeutet, zeigen das Konstruieren politischer Konflikte entlang kulturell-nationalistischer Identitäten zwischen „Ausländern" und „Österreichern", wie es Theurl formuliert. Diese Verschiebung

„Wir wissen heute aus einer Vielzahl von Studien, dass eine gleichere Einkommensverteilung oder höhere Spitzensteuersätze dem Wachstum nicht schaden."

Simon Theurl, AK-Arbeitsmarktexperte

von Interessen- zu Identitätspolitik spaltet. Doch genau durch diesen Paradigmenwechsel erhält die Politik von ÖVP und FPÖ gesellschaftliche Akzeptanz.

Ob das jedoch im Interesse aller und damit auch der gesamten Gesellschaft ist? Zahlreiche ExpertInnen äußerten sich hier kritisch. Anders als über Jahrzehnte üblich brachte die Regierung Kurz wohl auch deshalb so manche Materie im Nationalrat per Initiativantrag ein und entzog das Vorhaben so einem öffentlichen Begutachtungsverfahren.

Dabei würde auch die Wirtschaft, der vermeintlich durch die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts und durch die Beschneidung des Sozialstaats entgegengekommen wird, von mehr Verteilungsgerechtigkeit profitieren, ist Disslbacher überzeugt. Sie bringt hier auch die Steuerpolitik ins Spiel. Einerseits gelte es – Stichwort: quasi Monopolanbieter im Internet wie Amazon – für den Digitalbereich Lösungen zu finden. Disslbacher spricht sich zudem für Erbschafts- und Vermögenssteuern aus. Durch öffentliche Investitionen, etwa im Pflegebereich, würden wiederum Arbeitsplätze geschaffen.

Gut für Beschäftigung und Wachstum

„Verteilungsgerechtigkeit, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung wurden und werden oft gegeneinander ausgespielt", bedauert Disslbacher. „Aber wir wissen heute aus einer Vielzahl von Studien, dass eine gleichere Einkommensverteilung oder höhere Spitzensteuersätze dem Wachstum nicht schaden. Die wissenschaftliche Evidenz weist sogar in die andere Richtung: Eine gleichere Einkommensverteilung ist über die Stärkung der Nachfrage gut für Beschäftigung und Wachstum. Ganz abgesehen davon, dass Wirtschaftswachstum nie die alleinige Orientierungsgröße der Politik sein kann. Das zeigen auch die Debatten zur Klimakrise ganz deutlich."

Das merkten übrigens schon Wilkinson und Pickett vor zehn Jahren an – ihre Sorge galt damals aber der „Erderwärmung", während man heute von Klimawandel oder eben Klimakrise spricht. Auch diese betrifft das Leben aller. Die neuen Fragen: Wer kann sich eine Klimaanlage leisten und wie wird der dafür nötige Strom produziert; Stichwort: nachhaltige Energien? Und so überrascht es nicht, dass laut Moser die auf mehreren Säulen ruhende Armutsbekämpfungspolitik (Sicherung eines Mindesteinkommens, eine gute Infrastruktur, die Möglichkeit zu arbeiten sowie soziale Beteiligung) inzwischen auch um die Frage ökologischer Aspekte zu erweitern ist. Weil ein gutes Leben für alle eben viele Facetten hat.

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Redaktion
aw@oegb.at

Wo Mottos gelebt werden

Die Rolle der Gewerkschaften für ein gutes Leben.

Beatrix Mittermann
ÖGB-Verlag

Ein gutes Leben für alle: Unter diesem Motto startete der ÖGB im Juni eine große Info-Offensive. Damit wurde das jahrzehntelang verfolgte Programm erneut in Worte gefasst: Verbesserungen für die Beschäftigten zu erreichen, und zwar in den Bereichen Arbeitszeit, Freizeit, Einkommen und Gesundheit – insgesamt mit dem Ziel, das Leben aller zu verbessern.

Die Rolle der Gewerkschaften bei diesem Vorhaben ist von enormer Bedeutung: Wer sonst sollte sich für diese Verbesserungen einsetzen? Von der ehemaligen türkis-blauen Regierung war hier nicht viel zu erwarten. Im Gegenteil: Die meisten Reformen orientierten sich lediglich an den Interessen der Wirtschaft. Wir blicken zurück auf die Zeit vor dem „Ibiza-Skandal", die unserem Land zahlreiche Verschlechterungen im Arbeits- und Sozialrecht bescherte, mit denen Beschäftigte nach wie vor leben müssen.

Verbesserungen nur für Arbeitgeber

So wurde das Arbeitszeitgesetz novelliert, was uns den 12-Stunden-Tag brachte. Egal, wie sehr auch versucht wurde, diese Änderungen als etwas darzustellen, das Vorteile für alle bringen würde: Verbesserungen ergaben sich dadurch lediglich für die Arbeitgeber, die seither ihre MitarbeiterInnen noch flexibler einsetzen können. Freiwilligkeit für die ArbeitnehmerInnen hingegen besteht größtenteils nur auf dem Papier. „Der Druck des Arbeitgebers und die Angst vor einem Arbeitsplatzverlust spielen bei der Leistung von Überstunden oftmals eine entscheidende Rolle. Es ist daher scheinheilig, von Freiwilligkeit zu sprechen", kritisiert David Mum, Ökonom und Leiter der Grundlagenabteilung sowie Mitglied der Bundesgeschäftsführung der Gewerkschaft GPA-djp. Im Hinblick auf das Leben der arbeitenden Bevölkerung bedeutet das eine steigende Belastung der Gesundheit, vor allem wenn länger am Stück gearbeitet wird, was die Unfallwahrscheinlichkeit erhöht, wenn Ruhezeiten verkürzt werden und wenn Arbeit an Wochenenden und Feiertagen leichter möglich ist.

Zum Glück gescheitert

Geplant war zudem die Sozialhilfe neu, durch die die Mindestsicherung beseitigt werden sollte. Dazu kam es zum Glück nicht. Wohl aber zur Reform der Sozialversicherung: Versicherungsträger wurden zusammengelegt, und es kam zu einer Entmachtung der ArbeitnehmervertreterInnen zugunsten der Arbeitgeber. Die

Abschaffung der AUVA konnte durch Proteste der AUVA-BetriebsrätInnen und der Gewerkschaften zwar verhindert werden, doch eines wurde dadurch klar: Das gute Leben für alle ist keine Zielsetzung gewesen, die von der ehemaligen Regierung verfolgt wurde. Im Gegenteil: „Sie zielte auf eine Schwächung von Arbeiterkammern und BetriebsrätInnen", kritisiert Gewerkschafter Mum. „Sozialer Schutz und Unterstützung wurden denen entzogen, die dies am dringendsten benötigen: Armutsgefährdete, AsylwerberInnen und -berechtigte, ältere Arbeitssuchende und Jugendliche ohne betriebliche Lehrstelle. Das vorzeitige Ende der Regierung ist auch eine Chance für eine Kurskorrektur."

Bitter nötige Kurskorrektur

Diese Kurskorrektur ist auch bitter nötig. Der sozialpartnerschaftliche Dialog wurde unter Türkis-Blau mehr oder weniger aufgekündigt, als Gesetze ohne Begutachtung der Sozialpartner einfach umgesetzt wurden. So war es die Aufgabe der Gewerkschaften, die negativen Folgen der Reformen im Rahmen der Kollektivvertragsverhandlungen abzufedern. Dabei wurde einiges für die Beschäftigten erreicht: eine bessere Bezahlung von Überstunden und Zuschlägen, neue Freizeitoptionen oder die Vier-Tage-Woche im Handel.

Die Kollektivvertragsverhandlungen sind generell ein wichtiger Bestandteil im Kampf um faire Arbeitsbedingungen. In Österreich gehören sie zur Arbeitswelt dazu und sind mittlerweile zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Peter Schleinbach, Bundessekretär der Gewerkschaft PRO-GE, hebt hervor: „Für uns sind Kollektivverträge zum Normalfall geworden, aber wenn man bedenkt, dass es eigentlich keine gesetzliche Basis für jährliche Lohnerhöhungen gibt, ist es umso bemerkenswerter, dass die Kollektivvertragsarbeit kontinuierlich weitergeht."

Die Lohnverhandlungen sind dabei ein zentraler Bestandteil, wenn auch keineswegs der einzige: „Kollektivverträge sind ein Werkzeug, um Gesetze auszubauen, Gesetzesbestimmungen zu verbessern und an die jeweilige Branche mit ihren spezifischen Bedürfnissen anzupassen und zu individualisieren", so Canan Aytekin, Leiterin der Fachbereiche der Gewerkschaft vida. Und dafür setzen sich die einzelnen Gewerkschaften Jahr für Jahr ein: das Arbeitsleben der unselbstständig Beschäftigten zu verbessern.

Diese Bemühungen haben mittlerweile bereits Tradition. In der Vergangenheit haben sich die Gewerkschaften immer wieder für ein gutes Leben der ArbeitnehmerInnen eingesetzt. Ein zentraler Bestandteil der Errungenschaften betrifft die Arbeitszeit. Mit Ausnahme der neuen Arbeitszeitregelung unter Türkis-Blau wurde diese im Sinne der Gesundheit und mit dem Ziel einer ausgewogenen Work-Life-Balance stetig reduziert. Wenn man bedenkt, dass in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zwölf- bis vierzehnstündige Arbeitstage die Regel waren und in manchen Branchen sogar bis zu achtzehn Stunden täglich gearbeitet wurde, sieht man, wie weit der Weg war, der hier bereits zurückgelegt wurde.

Riegel gegen Willkür

Seither wurden viele Bestimmungen gesetzlich verankert, um der arbeitgeberlichen Willkür einen Riegel vorzuschieben. Doch es gab immer jemanden, der noch mehr erreichen wollte: die Gewerkschaften. So wurde 1959 ein Generalkollektivvertrag zwischen dem ÖGB und der Bundeskammer vereinbart, der die damals gültige gesetzliche Wochenarbeitszeit von 48 Stunden auf 45 reduzierte. Auch die 1970 vereinbarte schrittweise Einführung der 40-Stunden-Woche – ebenfalls über einen General-KV – ist den Verhandlungen des ÖGB zu verdanken. Seit 1985 gab es zudem erste Kollektivverträge, die sogar Arbeitszeiten mit weniger als 40 Stunden vorsahen. Und das ist auch gut so, denn überlange Arbeitszeiten erhöhen das Unfallrisiko und gefährden die Gesundheit.

Ein weiterer Bereich, in dem sich die Gewerkschaften starkmachen, ist der Urlaubsanspruch. Denn wer viel arbeitet, braucht auch entsprechende Erholungsphasen. Heute haben wir Anspruch auf fünf Wochen Urlaub pro Jahr. Doch das war nicht immer so. Bis 1973 betrug das jährliche gesetzliche Urlaubsausmaß lediglich zwei Wochen. Jedoch haben die Gewerkschaften erreicht, dass es zahlreiche Kollektivverträge gab, die günstigere Regelungen vereinbart hatten.

Obwohl der gesetzliche Urlaubsanspruch damals nur zwei Wochen vorsah, konnte dieser dank des 1964 abgeschlossenen Generalkollektivvertrags auf einen dreiwöchigen Mindesturlaub erhöht werden. Die vierte Urlaubswoche kam 1977 hinzu, die fünfte gibt es seit 1986. Aufgrund der gestiegenen Anforderungen, der beschleunigten, globalisierten Abläufe und des erhöhten Drucks wird nun die Forderung nach einer sechsten Urlaubswoche laut. Wieder ein Vorhaben, bei dem noch ein langer Weg vor uns liegt. Doch zusammen sind wir stark.

Aber auch für andere Personengruppen setzen sich der ÖGB und die Gewerkschaften ein: für die Menschen in Ausbildung, die Arbeitslosen und die PensionistInnen. Für mehr Gerechtigkeit. Als Gegengewicht zu Wirtschaftslobbys, Industriellenvereinigung und zuletzt auch gegen eine Regierung, die vornehmlich im Interesse der Wirtschaft handelte. Und das, damit andere Werte nicht untergehen: Die Freizeit. Die Familie. Die Gleichstellung. Die Mitbestimmung. Gesunde und gerechte Arbeitsbedingungen. Faire Einkommen. Für alle!

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
beatrix.mittermann@oegbverlag.at
oder an die Redaktion
aw@oegb.at

Gutes Auskommen

In Österreich sind die Löhne durch ein dichtes Netz an Kollektivverträgen abgesichert. Davon profitieren auch die untersten Einkommen. Zudem peilen Gewerkschaften einen höheren Mindestlohn an.

Heike Hausensteiner
Freie Journalistin

Wie gut Menschen ihre alltäglichen Bedürfnisse abdecken können, ja, ob sich vielleicht sogar ein Urlaub ausgeht, hängt von der Höhe und Regelmäßigkeit ihres Einkommens ab. Und letztlich von der Branche sowie vom Geschlecht und von der Herkunft der Beschäftigten. Der Wohlstand ist in Österreich seit der Nachkriegszeit enorm gestiegen.

Dass alle etwas von den verbesserten Wirtschaftskennzahlen haben, war und ist ein wichtiges Ziel der Gewerkschaften. Was dabei oftmals vergessen wird: Auch Nicht-Mitglieder profitieren von gewerkschaftlichem Engagement, etwa wenn die unteren Lohngruppen stärker angehoben werden als die höheren. Gewerkschaftliche Mindestlohnpolitik zielt darauf ab, eine Lohnuntergrenze über möglichst alle Branchen und Beschäftigungsverhältnisse festzulegen.

Einfluss auf Mindestentgelte

In Österreich gilt für rund 98 Prozent aller unselbstständig Beschäftigten ein Kollektivvertrag. Im europäischen Vergleich ist das eine außerordentlich hohe tarifvertragliche Deckungsrate. Diese ermöglicht den Gewerkschaften, direkt Einfluss auf die Mindestentgelte bei fast allen Beschäftigtengruppen zu nehmen – abhängig freilich von der wirtschaftlichen Entwicklung und vom Arbeitsmarkt sowie von der Frage, ob ein Fachkräftemangel herrscht.

Im Interview erläutert Vera Glassner von der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien: „Der hohe gewerkschaftliche Organisationsgrad in Österreich ist ein wichtiger Hebel. Von der gewerkschaftlichen Tarifpolitik profitieren am ehesten die unteren Einkommensgruppen." So konnten auch die vormaligen Unterschiede zwischen ArbeiterInnen und Angestellten ausgeglichen werden. Traditioneller Taktgeber ist der Kollektivvertrag (KV) der Metaller, die Verhandlungen darüber bilden den jährlichen Beginn der Herbstlohnrunden. An den Industrielöhnen des Metaller-KVs orientieren sich auch große Niedriglohnbranchen wie der Handel.

Wenngleich die kollektivvertragliche Mindestlohnpolitik wirkt, ist bemerkenswert: Die Niedriglohnbeschäftigung ist in Österreich oft Frauensache. Die Teilzeitquote der Österreicherinnen lag 2017 bei 48 Prozent, das ist der zweithöchste Wert in der EU. „Obwohl Teilzeitarbeit keine finanziellen Benachteiligungen im Vergleich zur Vollzeitarbeit bringen darf, haben Teilzeitbeschäftigte geringere Bruttostundenlöhne als Vollzeitbeschäftigte", halten Vera Glassner und Sepp Zuckerstätter von der AK Wien fest. „Ein ökonomischer Grund dafür sind indirekte Diskriminierungseffekte: beispielsweise sind Leitungsfunktionen in Teilzeitarbeit oft nicht möglich."

Deshalb sind neben der kollektivvertraglichen Entgeltpolitik auch andere Maßnahmen notwendig, um die geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede („Gender Pay Gap") zu reduzieren. „Da Frauen eine geringere Dauer der Unternehmenszugehörigkeit aufweisen und dadurch länger in den unteren Lohngruppen verharren als Männer, sind Maßnahmen wie die Anrechnung von Vordienst- und Karenzzeiten in Kollektivverträgen von großer Bedeutung", so die AK-ExpertInnen. Die Anrechnung von Karenzzeiten wurde zuletzt im Handel erfolgreich umgesetzt. Hier war es besonders wichtig, dass die Forderung nach einem Mindestlohn von 1.500 Euro umgesetzt wurde. Das führe auch zu Kaufkraftzuwächsen und wirke stabilisierend, betont Vera Glassner.

Instabile Beschäftigung

Bemerkenswert ist auch die ausgeprägte Segmentierung des Arbeitsmarktes in Österreich. Sie ist eine Erklärung für die relativ schwache Lohnentwicklung in den vergangenen 15 Jahren. Konkret heißt das: Etwa ein Drittel der unselbstständig Erwerbstätigen (34 Prozent) sind nicht über ein (Kalender-)Jahr hinweg durchgängig beschäftigt und gelten daher als instabil beschäftigt. Das betrifft etwa die Baubranche oder den Tourismus und besonders Frauen sowie jüngere Beschäftigte und solche mit Migrationshintergrund. Ihre Situation hat sich seit Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2009 verschärft, wie eine Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO) bestätigt.

Um unerwünschte Folgen instabiler Beschäftigung zu mindern, schlägt sogar das WIFO Regelungen in der Lohnpolitik vor, die die Einbeziehung prekärer Arbeitsmarktsegmente verbessern, und

eine bessere soziale Absicherung „für Gruppen, die besonders hohe Flexibilitätslasten tragen“.

Bleibt die Frage: Wie fair ist das Steuersystem? Arbeit sei bisher immer noch zu hoch und Vermögen zu niedrig besteuert, bestätigt Dominik Bernhofer auf Anfrage den bisherigen Befund vieler SteuerexpertInnen. Der Ökonom leitet die Abteilung Steuerrecht in der AK Wien und hält es für nicht ausreichend, nur die Abgabenquote und insbesondere die Unternehmenssteuern zu senken, wie zuletzt unter der gescheiterten ÖVP-FPÖ-Regierung geplant. Ein gerechteres Steuersystem muss auch Vermögen und Erbschaften stärker einbeziehen, als dies momentan der Fall ist, fordern AK und ÖGB. Denn wer erbt oder über ein Vermögen verfügt, trägt im Verhältnis zu den ArbeitnehmerInnen deutlich weniger zum Steueraufkommen bei. Mit dieser Forderung stehen die beiden ArbeitnehmerInnenvertretungen nicht allein da. Auch die EU-Kommission hat längst eine Verlagerung des österreichischen Steuersystems auf Immobilien- und Vermögenssteuern bei gleichzeitiger Entlastung der ArbeitnehmerInnen vorgeschlagen.

Internationale SteuerexpertInnen fordern zudem weltweit mehr Ökosteuerelemente. „Es geht darum, die ökologischen Lenkungseffekte zu maximieren und die sozialen Verwerfungen zu minimieren“, betont Bernhofer. Er ist skeptisch gegenüber Überschriften wie „ökosoziale Steuerreform“, die manchmal propagiert werden. „Notwendig sind zielgerichtete Maßnahmen wie der Ausbau des öffentlichen Verkehrs sowie zusätzliche Anreize für PendlerInnen, diesen auch zu nutzen“, unterstützt der AK-Experte die Diskussion zur Einführung eines Öko-Bonus im Rahmen der Pendlerpauschale. Grundsätzlich positiv und notwendig findet er die Diskussion über eine Senkung der Lohnsteuer.

Negative Effekte abfedern

Dass ein Mindestlohn von 1.700 Euro zu mehr Prekariat führen und Jobs kosten würde, wie von rechtskonservativer Seite als Gegenargument vorgebracht wird – diese Gefahr sehen die ÖkonomInnen der ArbeitnehmerInnenvertretungen nicht. Das Gegenteil sei der Fall: Negative Arbeitsmarkteffekte könnten so abgefedert und die Lohnschere geschlossen werden.

In einer Studie zum deutschen Mindestlohn schreibt etwa die gewerkschaftliche Hans-Böckler-Stiftung: „Die Entwicklung der Mindestlöhne bildet eine wichtige Stütze für die allgemeine Lohnentwicklung in Europa, die angesichts verbesserter Wachstums- und Beschäftigungsaussichten bislang eher moderat verlaufen ist und die vorhandenen Verteilungsspielräume oft nicht ausgeschöpft hat.“

Besserer Mindestlohn

Deutschland kann hier nicht als Beispiel dienen, denn der dort 2015 eingeführte Mindestlohn lässt insofern zu wünschen übrig, als er bisher wenig Einfluss auf die Armutsvermeidung hatte. Er darf laut dem Mindestlohngesetz nur alle zwei Jahre an die Teuerungsrate angepasst werden. Dementsprechend mussten die deutschen MindestlohnempfängerInnen bereits einen Reallohnverlust hinnehmen. Dennoch ist der gesetzliche Mindestlohn sinnvoll, weil im Unterschied zu Österreich in Deutschland die Tarifbindung gering ist.

Die österreichischen Gewerkschaften lehnen einen per Gesetz verordneten Mindestlohn naturgemäß ab. „Dieser wäre immer von den politischen Mehrheiten in Parlament und Regierung abhängig und somit Spielball in der tagespolitischen Auseinandersetzung. In der Praxis könnte eine branchenübergreifende gesetzliche Regelung dazu führen, dass die Arbeitgeber nicht mehr bereit wären, für höhere Verwendungsgruppen höhere Mindestlöhne per Kollektivvertrag festzusetzen. Das nahezu flächendeckende Kollektivvertragssystem erfasst alle Lohngruppen und nicht nur die untersten Mindestlöhne. Außerdem würde ein gesetzlicher Mindestlohn den Sozialpartnern die Lohnpolitik entziehen“, hielt der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) beim letzten Bundeskongress im Juni 2018 fest.

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
heike.hausensteiner@gmail.com
oder an die Redaktion
aw@oegb.at

Arbeitszeit? Verkürzen!

ÖVP und FPÖ haben die 60-Stunden-Woche möglich gemacht. Die Mehrheit der Beschäftigten will das Gegenteil: Eine Arbeitszeitverkürzung auf höchstens 35 Stunden.

Michael Bonvalot
Freier Journalist und Autor

Wenn die Blätter sich verfärben, wenn es kühler wird, wenn die Nächte länger werden, dann wissen wir: Der Winter kommt. Sehr viele arbeitende Menschen in Österreich wissen allerdings noch etwas anderes: Spätestens jetzt kommt die Zeit, in der es am Weg zur Arbeit noch dunkel ist. Und dunkel ist es bereits wieder, wenn der Arbeitstag vorbei ist. Die Sonne? Sie zeigt ihr freundliches Gesicht bestenfalls in der Mittagspause oder bei einem kurzen Blick aus dem Fenster.

Durchschnittlich 41,2 Stunden pro Woche müssen Menschen mit einem Vollzeitjob derzeit in Österreich arbeiten. Bei einer 5-Tage-Woche also fast 8,5 Stunden pro Arbeitstag. Dies ist weit mehr als im EU-Durchschnitt, wie aktuelle Eurostat-Daten zur Arbeitszeit zeigen. Nur in Großbritannien und in Zypern sind die Arbeitswochen noch länger als in Österreich. Der EU-Schnitt liegt mit 40,2 Stunden eine volle Stunde unter den österreichischen Arbeitszeiten. Genau im Durchschnitt ist die Arbeitszeit in Deutschland, in Dänemark sind es vergleichsweise niedrige 37,8 Stunden – fast 3,5 Stunden weniger als in Österreich.

Während viele Menschen also enorm viel arbeiten müssen, finden andere gar keinen Job. Im Jahr 2018 waren in Österreich ganze 7,7 Prozent der Beschäftigten arbeitslos. Die sogenannte verdeckte Arbeitslosigkeit ist da noch gar nicht enthalten. Das betrifft etwa Personen, die sich mangels Ansprüchen nicht beim AMS melden oder erzwungene Frühpensionen.

Für Sozialforscherin Claudia Sorger zeigen diese Zahlen: „Eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und eine Aufteilung der Arbeit sind absolut überfällig.“ Sorger forscht bereits seit Jahren zum Arbeitsmarkt, zur Gleichstellung und zur Arbeitszeit. Sie erinnert daran, dass „die letzte Arbeitszeitverkürzung in Österreich im Jahr 1975 durchgeführt wurde. Das ist inzwischen 44 Jahre her.“

Arbeitsweg bedeutet Arbeitszeit

Die Zahlen von Eurostat erfassen dabei sogar nur einen Teil der Zeit, die für den Arbeitsprozess aufgewendet wird. Vor allem der Weg von und zum Arbeitsplatz spielt eine wesentliche Rolle. Das zeigt etwa die aktuelle PendlerInnen-Umfrage der Arbeiterkammern Wien, Niederösterreich und Burgenland. Für diese neue Umfrage, die im September 2019 veröffentlicht wurde, wurden PendlerInnen der Ostregion befragt. Mehr als 2.000 Auto-, Bus- und BahnpendlerInnen haben online geantwortet. Mehr als ein Drittel aller Befragten braucht für den Arbeitsweg täglich über zwei Stunden. Für mehr als ein Zehntel aller Befragten (11 Prozent) ist der tägliche Arbeitsweg sogar mehr als drei Stunden lang. Und nicht nur PendlerInnen leiden unter langen Anfahrtswegen: Auch innerhalb der größeren Städte kann der Zeitaufwand für den Arbeitsweg schnell über eine Stunde betragen.

Für viele beginnt auch die Arbeit bereits am Arbeitsweg. So werden etwa E-Mails oder das Arbeitshandy gecheckt – oft komplett unbezahlt. Das Problem des Arbeitens in der Freizeit zeigt eine aktuelle und repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts IFES im Auftrag der GPA-djp. „Wie oft kommt es vor, dass Sie sich auch in Ihrer Freizeit oder im Urlaub mit beruflichen Dingen befassen?“ lautete die Frage. Mehr als die Hälfte aller Befragten (55 Prozent) sagen, dass sie sich auch in ihrer Freizeit mit beruflichen Dingen befassen. Ein Fünftel der Beschäftigten ist in der Freizeit sogar regelmäßig mit dem Job konfrontiert.

Weit über 50 Stunden

Doch auch für jene Beschäftigten, die nicht in der Freizeit arbeiten, ist die Arbeitswoche sehr lang: ein Vollzeitarbeitsplatz, dazu der Weg von und zum Arbeitsplatz. Nicht zu vergessen die Mittagspause, die – obwohl meist unbezahlt – der unmittelbaren Erholung vom Job dient und Teil des Arbeitstages ist. Da kommen schnell weit mehr als 50 Stunden pro Arbeitswoche zusammen. Dass da kaum mehr Zeit für Familie, PartnerIn, Freizeit oder Hobbys bleibt, kann niemanden verwundern. Das zeigen auch die Zahlen. So wurden die TeilnehmerInnen der GPA-djp-Umfrage gefragt: „Was hindert sie daran, Ihre Freizeit vollständig nach Ihren Wünschen zu gestalten?“ Fast die Hälfte, 48 Prozent, antwortet, dass sie dafür schlicht zu wenig Zeit habe. 40 Prozent sagen, dass sie nach der Arbeit einfach zu müde oder zu erschöpft seien.

Das ist kein Wunder. Denn nicht nur die Arbeitszeit in Österreich ist außerordentlich hoch – auch die Arbeitsintensität hat drastisch zugenommen, erzählt Sozialwissenschafterin Sorger. „Das haben wir etwa bei einer Studie unter Wiener Fabriksarbeiterinnen gesehen. Sogar Rauchpausen werden oft von der Arbeitszeit abgezogen." Gute Belege gebe es auch für die Bereiche Pflege und Soziales: „Die KlientInnenzahlen nehmen zu, die Arbeitsbelastung steigt." Deshalb wäre bei einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung auch die Aufstockung des Personals so wichtig, sagt Sorger.

Besonders problematisch sei die Verdichtung, wenn die zunehmende Teilzeitarbeit mitbedacht werde. „Viele Teilzeitbeschäftigten arbeiten kaum weniger als bei einem Vollzeitjob. Aber die Bezahlung ist weit schlechter." Das würde vor allem Frauen betreffen. Die Folge: Frauen verdienen weniger und bekommen weniger Pension. Es entsteht eine Armutsfalle, die enorme Abhängigkeiten schafft.

Dabei sei der Anteil der Arbeit, die Frauen leisten, sogar massiv nach oben gegangen, so Sorger. Hausarbeit, Pflege oder die Versorgung von Kindern würden immer noch hauptsächlich auf Frauen lasten – die zusätzlich oft mindestens Teilzeit arbeiten. „Diese reproduktive Arbeit müsste in den Debatten um Arbeitszeitverkürzung viel mehr in den Fokus rücken", so Sorger.

Zu viel Arbeit ist ungesund

Erholung ist da Mangelware, wie auch die GPA-djp-Studie zeigt. So wurden die Beschäftigten gefragt, ob sie in ihrer Freizeit unter der Woche abschalten und sich für den nächsten Arbeitstag gut erholen können. 18 Prozent der Befragten – fast ein Fünftel – sagen, sie könnten das „eher weniger" oder „so gut wie gar nicht". Weitere 36 Prozent sagen, es ginge gerade „einigermaßen". Nicht einmal die Hälfte der Beschäftigten (46 Prozent) meint hingegen, dass sie sich „gut" oder „sehr gut" erholen könnte.

Diese Arbeitsintensität ist nicht nur anstrengend, sondern auch sehr ungesund. Der Mediziner Peter Hofer berichtet von Forschungen zur Arbeitszeit: „Eine Studie zeigt, dass bei Teilzeitarbeit bis 19 Stunden rund 10 Prozent der Betroffenen unter Schlafstörungen leiden. Bei 40 Stunden Arbeit sind es bereits 20 Prozent, also das Doppelte." Frauen seien dabei nochmals häufiger betroffen als Männer. „Vermutlich, weil vor allem für Frauen die Arbeit zu Hause weitergeht, sie also noch weniger abschalten können", so Hofer.

Die möglichen medizinischen Folgen erklärt der Arzt so: „Stress führt zu Herz-Kreislauf-Beschwerden, Blutdruck und Puls erhöhen sich, das Risiko für einen Herzinfarkt oder Schlaganfall steigt. Dazu kommen psychische Probleme bis zu Depressionen und Burn-out."

„Maximal sechs Stunden"

Burn-out sei überhaupt eine klassische Erkrankung, die oft unmittelbar mit dem Arbeitsdruck zusammenhängt. Und es folgen noch andere Probleme, so steigt mit der Arbeitszeit auch das Unfallrisiko am Arbeitsplatz, wie etwa eine Studie der AUVA zeigt. Die optimale Arbeitszeit aus Sicht von Mediziner Hofer? „Maximal sechs Stunden pro Tag." Die Bundesregierung aus ÖVP und FPÖ hingegen ist mit 12-Stunden-Tag und 60-Stunden-Woche genau den gegenteiligen Weg gegangen.

Sozialwissenschafterin Sorger nennt noch einen anderen Aspekt: „Es geht um eine bessere Gestaltung der Arbeitswelt. Und es geht um die Frage, wie wir unser Leben gestalten wollen. Soll der Profit bestimmen – oder soll die Lebensqualität der Menschen im Vordergrund stehen?"

Das sieht eine klare Mehrheit der Beschäftigten offenbar ganz ähnlich. In der GPA-djp-Umfrage wurden die KollegInnen auch gefragt, wie viel sie gern arbeiten würden. Die Antwort ist eindeutig: 60 Prozent aller Beschäftigten und sogar 72 Prozent aller Frauen wünschen sich eine Arbeitszeit von höchstens 35 Stunden.

ÖGB-Initiative für ein modernes Arbeitsrecht:
meinezeit.oegb.at

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor
michael@bonvalot.net

oder an die Redaktion
aw@oegb.at

Ein zivilisierter Staat braucht gerechte Steuern

Alois Guger, emeritierter Wissenschafter am WIFO, über ein gutes Leben aus ökonomischer Sicht und was sich in Zukunft ändern muss, wenn weiterhin viele Menschen am Wohlstand teilhaben sollen.

Interview Sophia Fielhauer-Resei, Christian Resei
Fotos Matthias Obergruber

Alois Guger ist Ökonom und Consultant emeritus im Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO). Nach dem Studium der Volkswirtschaft an der Johannes Kepler Universität in Linz wurde er Universitätsassistent am Institut für Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftspolitik der Technischen Universität Wien. Von 1981 bis zu seiner Pensionierung im Jahr 2009 arbeitete er am WIFO als wissenschaftlicher Mitarbeiter. Zwischen 1998 und 2002 gehörte er zum WIFO-Leitungsteam. Er ist einer der renommiertesten Wirtschaftsforscher des Landes und lehrte an der Johannes Kepler Universität Linz, an der Technischen Universität Wien und an der Wirtschaftsuniversität Wien.

Was macht eigentlich ein gutes Leben aus: Geht´s ums Geld?
Die meisten Kriterien korrelieren relativ eng mit dem Einkommen, das aber nicht an der ersten Stelle gereiht wird. Dort finden sich Partnerbeziehung, Jobzufriedenheit und Jobstabilität – sie stehen sehr stark im Vordergrund.

Was ist wichtiger: Job oder Beziehung?
Das Wichtigste für Menschen ist die Partnerbeziehung: Eine Scheidung trifft die Menschen mehr als der Verlust des Arbeitsplatzes. Ein sicherer, stabiler Arbeitsplatz ist freilich aus Sicht der politischen Möglichkeiten ganz wichtig.

Welche Rolle spielt der Sozial- und Wohlfahrtsstaat beim guten Leben?
Der Sozialstaat bezieht sich in erster Linie auf die Risiken des Lebens, wie Behinderung, Alter, Armut. Wenn der moderne Staat auch für die Bildung Verantwortung übernimmt, wird vom Wohlfahrtsstaat gesprochen. Den gibt es in Mitteleuropa, aber vor allem in den skandinavischen Ländern. Ein ganz wichtiger Punkt ist, dass er in bestimmten Bereichen nicht nur Sicherheit bietet, sondern auch Angst nimmt und damit den Menschen auch Stärke gibt.

Für die Arbeitswelt ...
... und auch sonst für das gesellschaftliche Leben. Der Mensch ist heute kein Bittsteller und Almosenempfänger mehr, er hat einen Rechtsanspruch auf sozialen Schutz.

Sozialstaat ist nicht gleich Sozialstaat. Welche Unterschiede gibt es?
In den Ländern, wo der Schwerpunkt nur auf die Armutsbekämpfung gelegt wird, gibt es wesentlich mehr Arme als unter anderem in Österreich und Skandinavien, wo alle Einkommensschichten vom Sozialstaat profitieren. Außerdem sind egalitäre Gesellschaften gesünder, Menschen haben eine höhere Lebenserwartung, das breit gestreute Bildungsniveau kurbelt auch die Produktivität der Wirtschaft an, und die öffentliche Sicherheit ist deutlich höher.

Woran liegt das?
In Ländern, in denen nur eine kleine Schicht profitiert, ist es schwieriger, den Sozialstaat zu finanzieren. Aber es geht nicht darum, dass alle mitfinanzieren: Es ist von großer gesellschaftlicher Bedeutung, dass die Kinder der Reichen die gleichen Schulen besuchen wie die Kinder der Armen und alle Kranken die gleichen Krankenhäuser. Denn: Public services only for the poor are poor services. So ist etwa der soziale Zusammenhalt in den USA nicht groß, und die Gesellschaft wird als ungleich betrachtet, weil viele Menschen auch nicht ins Wir-Gefühl eingeschlossen sind.

Wie sollte sich Österreich weiterentwickeln?
Aktuell brauchen wir einen Umbau von stark monetären Transferleistungen hin zu sozialen Dienst- oder Sachleistungen und höhere Mindeststandards. Unser Sozialmodell beruht auf der klassischen Industriegesellschaft, dem vollbeschäftigten Mann, dem so genannten „Breadwinner“, und der Frau in einer dauerhaften Beziehung, die zu Hause die Kinder erzieht. Das ist freilich nicht mehr zeitgemäß.

Darüber wird schon lange geredet ...
Der Übergang vom „Male Breadwinner“ zum „Gender Equality“-Modell ist dringend notwendig. Denn aus der Perspektive der breiten Ausbildung beider Geschlechter und einer alternden Gesellschaft wollen und müssen in Zukunft möglichst alle Erwachsenen erwerbstätig sein. Das erfordert entsprechende öffentliche Institutionen, die die Bildungs- und Betreuungsverantwortung (auch für pflegebedürftige alte Menschen) wirklich abdecken – also eine sehr frühe, leistbare und hochwertige Kinderbetreuung, auch um ein hohes Bildungsniveau für alle Bevölkerungsschichten zu gewährleisten.

Was muss sich ändern?
Wir müssen umdenken und eine neue Frauen- und Kinderpolitik machen, viel mehr in Kinder investieren. Der Soziologe Gøsta Esping-Andersen hat das „Gender

Equality"-Modell in den Mittelpunkt gestellt. Ferner müssen die Mindeststandards erhöht werden, damit Leistungen deutlich über der Armutsgrenze liegen und niemand in die Armut absinkt. Eines muss klar sein: Die stabilen Beschäftigungsverhältnisse, an denen in unserem System ausreichender sozialer Schutz hängt, wird es in Zukunft nicht mehr geben.

Eine Umwälzung für ...
... Männer. Denn die Work-Life-Balance im „Gender Equality"-Modell bedeutet unter anderem eine tägliche Arbeitszeitverkürzung, damit beide Elternteile Betreuungspflichten übernehmen und Mann wie Frau alle Berufe wählen können. Momentan arbeiten die Männer zu viel, ihre Überstundenanzahl ist zu hoch. Im EU-Vergleich steht Österreich in puncto Männergesundheit bei den über 50-Jährigen am zweitschlechtesten da.

Und die Frauen?
Die haben derzeit eine sehr hohe Teilzeitquote mit sehr wenigen Stunden, davon können viele nicht leben und haben eine schlechte Pensionsabsicherung.

Arbeiten und arm sein: ein weibliches Schicksal?
Das hängt auch mit der Teilzeitarbeit zusammen und, ja, da sind besonders Frauen betroffen. Daneben fallen auch MigrantInnen und AlleinerzieherInnen unter die „Working Poor", also Erwerbsarmen. Bisweilen hat es auch mit geringer Bildung zu tun, aber keinesfalls immer: Eine Alleinerzieherin oder ein Alleinerzieher kann auch über gute Bildung verfügen und der Kinder wegen auf keine ausreichende Arbeitszeit kommen.

In Zahlen ...
... heißt das: In Österreich haben wir 300.000 Menschen, die zu den „Working Poor" zählen – also ganze acht Prozent aller Erwerbstätigen. Das liegt nur etwas unter dem europäischen Durchschnitt von 9,6 Prozent, in Deutschland sind es neun Prozent. Die Definition: „Working Poor" sind Menschen, die im erwerbsfähigen Alter sind, Voll- oder Teilzeit arbeiten und während eines Jahres trotzdem mindestens sechs Monate lang unter der Armutsgrenze liegen.

„Es ist von großer gesellschaftlicher Bedeutung, dass die Kinder der Reichen die gleichen Schulen besuchen wie die Kinder der Armen und alle Kranken die gleichen Krankenhäuser."

Alois Guger

Woran liegt das?
Die Mindeststandards entsprechen nicht unserem Sozialstaatsniveau. Sie sind eben relativ tief angesetzt, die meisten Werte liegen unter der Armutsgrenze. Deshalb habe ich zuvor gesagt: Wir müssen zeitgemäß umdenken und auch die Mindeststandards anpassen. Das gilt freilich auch für die bedarfsorientierte Mindestsicherung. Asylberechtigte Menschen erhalten übrigens noch weniger.

Was verhindert dann eine Änderung?
Das Problem aus neoliberaler Sicht: Die Staatsquote darf nicht steigen. Doch ein zukunftsfitter Staat sollte die Geldleistungen erhöhen und seine Dienstleistungen ausbauen – es wird nicht anders gehen. Neben den Herausforderungen einer unsicheren Arbeitswelt sind auch große Teile der Leistungen, die früher in den Familien erbracht wurden, auf den Staat ausgelagert worden.

Und die Finanzierung?
Der britische Ökonom Anthony Atkinson sagte: Ein zivilisierter Staat braucht heute eine hohe Steuerquote und einen ausgebauten Sozialstaat. Generell brauchen wir für die Reform des Sozialstaates eine breitere Finanzierungsbasis des Sozialsystems. Denn derzeit ruht alles auf dem Faktor Arbeit, der ziemlich unter Druck steht. Die Lohnquote fällt seit Jahrzehnten, die Finanzierungsbasis des Sozialsystems wird völlig ausgehöhlt. Alle Einkommensteile sollten daher zur Finanzierung des Sozialstaates herangezogen werden. Damit meine ich auch die Zinseinkommen und Vermögenserträge.

Können Sie ein Beispiel nennen?
Wenn auf Zinserträge auch Krankenversicherungsbeiträge fällig wären, würde das eine ordentliche Summe ergeben. Außerdem ist nicht einzusehen, dass von der öffentlichen Pension normale Krankenversicherungsbeiträge zu zahlen sind, aber von einer Privatpension kein Cent dazugezahlt werden muss. Das ist völlig unlogisch und nur eine Ausnahme für die Privilegierten.

Privilegierte zur Kasse bitten?
Die Einkommen über der Höchstbeitragsgrundlage sind in den letzten Jahrzehnten doppelt so schnell gewachsen wie Einkommen darunter. Allerdings wandert nichts von dem, was über der Höchstbeitragsgrenze liegt, in das Sozialversicherungssystem. In Schweden gibt es auf Arbeitgeberseite keine Höchstbei-

trags-, aber eine Höchstbemessungsgrundlage. Wenn MitarbeiterInnen über der Höchstbemessungsgrundlage verdienen, muss das Unternehmen Geld in den Steuertopf einzahlen. Auch in Österreich sollten wir die Höchstbeitragsgrundlage für Firmen aufheben. Denn bisher gilt: Bei den Sozialabgaben kommen hochqualifizierte ArbeitnehmerInnen das Unternehmen im Verhältnis billiger.

Weshalb sind unsere Einkommen so ungleich?
In den vergangenen zehn Jahren ist die Lohnquote gefallen, doch die Vermögenserträge, die noch ungleicher verteilt sind als die Erwerbseinkommen, sind explodiert. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Einkommensverteilung für rund 20 Jahre egalitärer. Bereits seit den 1970er-Jahren wird die Verteilung mit zunehmendem Tempo ungleicher.

Das gilt noch mehr für die Vermögen …
Mit der sinkenden Kinderzahl wird das Vermögen immer stärker konzentriert, aus den Vermögenseinkommen wird mehr gespart, und hohe Vermögen schaffen auch höhere Erträge. Neben der Vererbung sind auch die fehlenden Vermögenssteuern dafür verantwortlich. In den USA waren die Vermögenssteuern nach dem Krieg hoch, die Progression bei den Einkommenssteuern war enorm, sie lag bei 60 bis 70 Prozent.

Auch der politische Mainstream hat sich verändert.
Durch die neoliberale Wende ist seit 30 Jahren eine hohe Dominanz des Shareholder-Value-Prinzips in den Kapitalgesellschaften zu sehen. Sprich: Aus den Gewinnen wird sehr viel an die Aktionäre ausgeschüttet. Die Verteilung hat sich geändert, Lohneinkommen sind zurückgeblieben und Gewinne und die Vermögenserträge stark gestiegen; aber nicht die Investitionstätigkeit.

Wer profitiert?
Mit dem Shareholder-Value-Prinzip ist auch die Entlohnung der Manager rasant gestiegen. Sie bekommen zum Teil Boni in Aktien ausbezahlt und versuchen durch Aktienrückkäufe den Aktienwert zu steigern, um dann ihre eigenen Aktien zu verkaufen. In den USA lag das Einkommensverhältnis zwischen der Führungsebene und den durchschnittlichen ArbeitnehmerInnen 1965 bei 20 zu 1, 1995 belief sich das Verhältnis auf 123 zu 1 und heute liegt es bei 300 zu 1!

„Ganze 90 Prozent der Menschen haben zwischen 2000 und 2016 real verloren."

Und wer verliert?
Robert B. Reich, US-Arbeitsminister unter Clinton, hat 1991 in seinem Buch „The Work of Nations" prognostiziert: Wir werden zwischen drei Erwerbstätigenkategorien zu unterscheiden haben: die RoutinearbeiterInnen, wie sie in der Industrie und Sachgüterproduktion beschäftigt sind, Menschen in persönlichen Dienstleistungen, wie Hotel, Gewerbe, Pflege, und jene Gruppe von Arbeitenden, die ein ausgesprochenes Abstraktionsvermögen und symbolisch analytische Fähigkeiten mitbringen müssen, etwa Forscher, Architekten oder Ingenieure. Reich erklärte: Die ersten beiden werden verlieren.

Weshalb?
Er meinte, Routinearbeit wird durch Automaten ersetzt, persönliche Dienstleistungen werden von Zuwanderern erledigt. Doch die Analytiker werden enorme Einkommenszuwächse haben. Eine stärkere Ungleichheit bei den Lohneinkommen sei die Folge. 2016 hat sich Reich aber korrigiert: Denn die von ihm einst prognostizierte Entwicklung ist wesentlich schneller und auch extremer.

Was meinen Sie?
Auch die meisten „Oberen" werden durch künstliche Intelligenz ersetzt. Es bleibt nur eine kleine Schicht übrig, die enorm verdient. Und wenn es so weitergeht mit der Digitalisierung und der künstlichen Intelligenz, dann wird sich das Vermögen noch ungerechter verteilen.

Die Vermögensverteilung hinkt bereits.
Ganze 90 Prozent der Menschen haben zwischen 2000 und 2016 real verloren.

Nur die obersten 10 Prozent haben leicht zugelegt. Dafür hat das oberste Prozent sehr viel dazugewonnen. Und heute verdienen die 80 reichsten Menschen so viel wie die 40 Prozent darunter.

Was bedeutet ein gutes Leben für Sie selbst?
In meinem Alter bildet natürlich die Gesundheit schon einen zentralen Aspekt eines guten Lebens, um den eigenen Interessen noch nachgehen und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. Dazu kommt die gute Beziehung zu meiner Partnerin und unseren Kindern und deren Gesundheit. Wir reisen viel und hoffen, noch viel unternehmen zu können. Bei jungen Menschen werden andere Aspekte im Vordergrund stehen.

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Redaktion
aw@oegb.at

Über die Vermessung von Wohlstand

Wachstum bringt nicht automatisch Wohlstand für alle, viele Dimensionen eines guten Lebens werden gar nicht berücksichtigt. Wie die AK gesellschaftlichen Fortschritt in den Mittelpunkt stellt.

Pia Kranawetter
Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien

Geht Wirtschaftswachstum automatisch mit einer Steigerung des Wohlstands einher? Was ist eigentlich das Ziel wirtschaftlichen Handelns? Wie lässt sich gesellschaftlicher Fortschritt messen? Um diese Fragen beantworten zu können, müssen soziale, ökologische und ökonomische Ziele gleichermaßen miteinbezogen werden. Wirtschaftswachstum allein greift zu kurz. Mit unserem AK-Wohlstandsbericht versuchen wir, mit einem breiten Set von Indikatoren einen Beitrag zur Etablierung einer umfassenden gesamtgesellschaftlichen Wohlstandsmessung zu leisten.

Wachstum ist nicht gleich Wohlstand

In wirtschaftspolitischen Debatten dominiert eine Kennzahl: das Wachstum der Wirtschaftsleistung. Die Aussagekraft dieser Kennzahl ist allerdings stark beschränkt. Auch in Zeiten von hohem Wirtschaftswachstum kann es sein, dass nur wenige davon profitieren, während sich die Lebensbedingungen vieler nicht verbessern oder sogar verschlechtern. Wichtige Aspekte für ein gutes Leben wie Gesundheit, Bildung, Gleichstellung, Verteilungsgerechtigkeit oder ökologische Nachhaltigkeit kommen als Maßstab gar nicht vor. Wachstum bedeutet eben nicht automatisch mehr Wohlstand für alle. Deswegen braucht es unbedingt umfassende Konzepte und die Einbeziehung verschiedener Dimensionen, um Wohlstand messen zu können.

Die Debatte rund um die Messung des Wohlstands gewann im vergangenen Jahrzehnt an Dynamik. Einen wichtigen Beitrag dazu leistete die sogenannte „Kommission zur Messung von Wohlstand und gesellschaftlichem Fortschritt“ unter Federführung der beiden Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz und Amartya Sen. Die beiden Ökonomen appellieren dafür, das „Wellbeing“ heutiger und künftiger Generationen in den Mittelpunkt zu stellen. Denn was wir messen, verändere schlussendlich auch, was wir tun. Auch auf internationaler Ebene gibt es wichtige Ansatzpunkte für eine breitere Definition des Wohlstands: Im Jahr 2015 haben sich die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen dazu verpflichtet, 17 sogenannte Sustainable Development Goals (SDGs) zu erreichen, sprich Ziele für nachhaltige Entwicklung.

Anknüpfend an diese internationalen Diskussionen widmet sich auch die Statistik Austria seit 2012 mit ihrem Projekt „Wie geht's Österreich?“ diesem Thema. Sie analysiert mit 30 Schlüsselindikatoren die drei Bereiche „materieller Wohlstand“, „Lebensqualität“ sowie „Umwelt“ und bewertet die kurz- und mittelfristige Entwicklung in der Vergangenheit mit Unterstützung eines ExpertInnengremiums. In ihrem jüngsten Bericht aus dem Jahr 2018 sah sie zwar Fortschritte beim materiellen Wohlstand, merkte aber an, dass langfristig ein Auseinanderklaffen von niedrigen und hohen Einkommen der unselbstständig Erwerbstätigen zu beobachten ist. Die Lebensqualität in Österreich entwickelte sich insgesamt positiv. Insbesondere die subjektiv empfundene Lebenszufriedenheit erreicht gute Werte. Im Umweltbereich überwiegen negative Entwicklungen aufgrund eines hohen Ressourcen- und Energieverbrauchs.

Wohlstand im Mittelpunkt

Als Ergänzung zu „Wie geht's Österreich“ gibt die Arbeiterkammer Wien seit dem Vorjahr einen jährlichen Wohlstandsbericht heraus. Anhand des „magischen

Vielecks“ einer wohlstandsorientierten Wirtschaftspolitik mit fünf übergeordneten Zielen („fair verteilter materieller Wohlstand“, „Vollbeschäftigung und gute Arbeit“, „Lebensqualität“, „intakte Umwelt“ sowie „ökonomische Stabilität“) analysieren wir mit einem umfangreichen Indikatorenset den gesellschaftlichen Fortschritt Österreichs und leiten Prioritäten sowie politische Empfehlungen für eine Steigerung des Wohlstands ab.

Dabei blicken wir nicht nur in die Vergangenheit, sondern analysieren auch aktuelle Entwicklungen und bieten eine Vorausschau in die nahe Zukunft aus einer interessenpolitischen Sicht. Als ArbeitnehmerInnenvertretung messen wir der Arbeitswelt eine besondere Bedeutung zu.

Insgesamt zeigt der AK-Wohlstandsbericht des Vorjahrs viele positive Entwicklungen auf. Bei der ökonomischen Stabilität steht Österreich im Vergleich zur Eurozone sehr gut da. Die Finanz- und Wirtschaftskrise zeigte auf, dass dies eine zentrale Voraussetzung für nachhaltigen Wohlstand und gesellschaftlichen Fortschritt ist. In diesem Bereich sehen wir vergleichsweise wenig Handlungsbedarf, um nachhaltigen Wohlstand voranzutreiben. Ebenfalls sehr positiv entwickelt sich die Lebensqualität. Dieser Bereich umfasst subjektive Indikatoren wie die individuell empfundene Lebenszufriedenheit, aber auch objektive Daten wie die Bildungsabschlüsse. Darüber hinaus haben wir in dieser Dimension bedeutsame Aspekte wie die Vermeidung von Armut, Wohnen und Gesundheit analysiert. Außer beim Wohnen waren überall Fortschritte zu verzeichnen. Dieses Ergebnis spiegelt auch den in Österreich nach wie vor gut ausgebauten Sozialstaat wider.

Hohe Vermögenskonzentration

In den Bereichen „fair verteilter materieller Wohlstand“, „Vollbeschäftigung und gute Arbeit“ sowie „intakte Umwelt“ orten wir allerdings Handlungsbedarf. Während sich die Arbeitsproduktivität und die real verfügbaren Einkommen höchst positiv entwickeln, gibt es bei der Einkommensverteilung und insbesondere bei der hohen Vermögenskonzentration sowie beim geschlechtsspezifischen Lohngefälle die Notwendigkeit, politische Maßnahmen zu ergreifen.

Um das Ziel Vollbeschäftigung und gute Arbeit zu erreichen, muss ebenfalls noch viel getan werden. Die Arbeitsqualität, die wir anhand des Arbeitsklimaindexes messen, und die Erwerbstätigenquote bewerten wir zwar positiv, aber bei der vorwiegend von Frauen geleisteten unbezahlten Arbeit, der Unterbeschäftigung und bei den Mehr- und Überstunden orten wir Probleme. Hinzu kommt, dass die abgewählte Bundesregierung mit der Einführung des 12-Stunden-Tages sowie dem stärkeren Druck auf Arbeitslose bereits bestehende negative Entwicklungen verstärkt.

Beim Ziel einer intakten Umwelt verbinden wir die ökologische Nachhaltigkeit mit der umweltbezogenen Lebensqualität und den Gesundheitschancen. Die Zielwerte für die notwendige Reduzierung der Treibhausgasemissionen werden 2020 voraussichtlich verfehlt werden. Für das 2030-Ziel wäre eine grundlegende Veränderung des österreichischen Wirtschaftssystems erforderlich, für die noch keine Weichen gestellt wurden. Darüber hinaus bedarf es Verbesserungen für Lärmbetroffene sowie einer aktiven Bodenschutz- und Raumordnungspolitik zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme.

Mehr Investitionen für alle

Mit dem „magischen Vieleck“ wohlstandsorientierter Wirtschaftspolitik sollen nicht nur möglichst alle Dimensionen für ein gutes Leben berücksichtigt werden, sondern auch Zielkonflikte zwischen diesen sichtbar gemacht werden. Dies ist die Grundvoraussetzung, damit politische Maßnahmen und Prioritäten evidenzbasiert verhandelt werden und ein Ausgleich bei Zielkonflikten im demokratischen Prozess stattfinden kann. Dabei gibt es auch Maßnahmen, die positive Wirkungen auf mehrere Dimensionen des Wohlstands haben.

Eine Steigerung der öffentlichen Investitionen zur Dekarbonisierung, ein Ausbau des öffentlichen Verkehrs oder ressourceneffizienter Wohnbau wirken sich nicht nur positiv auf die Umwelt und das Klima aus, sondern tragen auch zu einer Verbesserung der Lebensqualität bei und sorgen für ökonomische Stabilität. Eine Verkürzung der Arbeitszeit würde mehr Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern ermöglichen und könnte gleichzeitig die Unterbeschäftigung sowie Arbeitslosigkeit reduzieren. Viele Maßnahmen für ein gutes Leben aller warten also „nur mehr“ auf ihre Umsetzung.

Dieser Beitrag basiert auf dem Wohlstandsbericht 2018 der Arbeiterkammer Wien sowie auf dem EU-Infobrief „Wohlbefinden auf der Ratsagenda“.
Der Wohlstandsbericht 2019 erscheint im Oktober 2019.

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
pia.kranawetter@akwien.at
oder an die Redaktion
aw@oegb.at

In fünf Schritten z

Wie hat sich der Arbeitsdruck in den letzten 12 Monaten verändert?

ARBEITSDRUCK WIRD GRÖSSER

52% SCHLIMMER GEWORDEN

40% GLEICH GEBLIEBEN

8% HAT SICH GEBESSERT

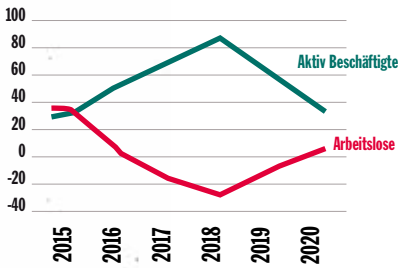
Die AK fordert

Planbare und mitbestimmte Arbeitszeiten
Leichtere Erreichbarkeit der 6. Urlaubswoche und Anspruch auf 4-Tage-Woche
Mehr Mitbestimmung durch Betriebsräte in einer zunehmend digitalisierten Arbeitswelt

Wie steht's um die Schaffung neuer Arbeitsplätze?

BESCHÄFTIGUNG UND ARBEITSLOSIGKEIT

Veränderungen in 1.000



Die AK fordert

Mehr Fairness in der Arbeitslosenversicherung
Bessere Unterstützung bei der Arbeitsplatzsuche
Beschäftigungspaket mit Investitionen in Klimaschutz und öffentliche Services

Warum bestr
das Steuersys
die Arbeit-
nehmerInnen

WOHER K
DIE STE

42% Konsu
37% Arbeitn
12% Unterneh
6% Selbst
3% Ver

Die AK

Lohnsteuersenkung von zur
Millionärsabgabe so
Schenkungssteuer (mi
zur Pflegefi
Schließen aller Schlup

um guten Leben

KOMMEN
EUERN?

mentInnen
ehmerInnen
mmen/Kapital
tständige
mögen

fordert

nindest 3,5 Milliarden Euro
wie Erbschafts- und
t hohen Freibeträgen)
nanzierung
pflöcher für Konzerne

BRUTTO-MONATSLOHN

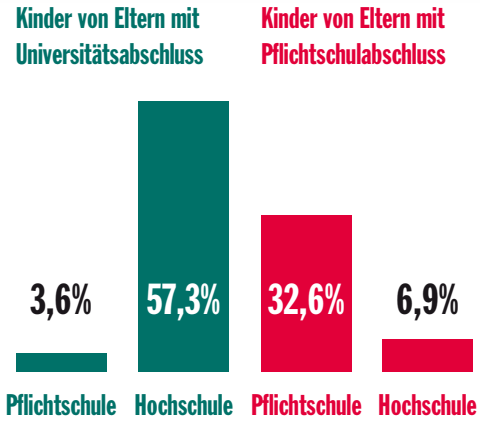
€ 2.770 MÄNNER

€ 1.780 FRAUEN

€ 990 DIFFERENZ

Die AK fordert

Lohntransparenz im Betrieb
Partnerschaftliche Teilung der Arbeitszeit fördern
Rechtsanspruch auf Kinderbetreuungsplatz ab 1. Geburtstag
Ein kostenloses 2. Kindergartenjahr für alle



Die AK fordert

Schulfinanzierung nach dem AK-Chancenindex
Ausbau der Ganztagsschulen: mehr Plätze & Qualität
Reform der SchülerInnenbeihilfe
Ausbau von Kindergartenplätzen
Reform der Lehrabschlussprüfung

© Thomas Jarmer

Es gibt Arbeit!

Schwächelnde Konjunktur und steigende Arbeitslosigkeit sind nicht naturgegeben. Gegensteuern ist schon jetzt angesagt, denn Arbeit ist wichtiger Bestandteil eines gutes Lebens.

Nani Kauer
Mediensprecherin von AK-Präsidentin Renate Anderl

Gegen Ende des Sommers verlauteten aus Deutschland erste Meldungen über eine Abschwächung der Konjunktur, auch für Österreich gilt diese Erwartung spätestens ab 2020. Ein Anstieg der Arbeitslosigkeit wird unweigerlich damit einhergehen. Daher ist bereits jetzt gegensteuern angesagt. Mit der Wiederbelebung der „Aktion 20.000" für Langzeitarbeitslose über 50 Jahre ist ein erster wichtiger Schritt getan. Weitere müssen folgen, kürzere Arbeitszeiten für alle sind dabei ganz wesentlich.

Weniger ...

Die Arbeitslosigkeit ist im September 2019 im Vergleich zum Vorjahr insgesamt leicht gesunken: 334.464 Menschen waren beim Arbeitsmarktservice gemeldet, davon 62.366 Personen in Schulungen. Die Arbeitslosenquote liegt damit bei 6,7 Prozent nach österreichischer Berechnung. Dem stehen mit Ende September 82.440 offene Stellen gegenüber, das sind um 2.865 mehr als vor einem Jahr. Die Arbeitslosigkeit bei Frauen und Jugendlichen ist leicht gesunken, es gibt mehr offene Lehrstellen als Lehrstellensuchende. Alles gut also? Mitnichten.

... mehr

Punkt 1: Nicht in allen Gruppen sinkt die Arbeitslosigkeit. Von allen arbeitslos gemeldeten Personen waren im September mehr als 95.000 über 50 Jahre alt – das ist fast ein Drittel aller Arbeitslosen. Bei Menschen mit Behinderungen oder mit gesundheitlichen Einschränkungen ist die Arbeitslosigkeit gestiegen. Die Jugendarbeitslosigkeit (unter 25-Jährige) sinkt zwar auch leicht, ist aber immer noch sehr hoch.

... schwächer

Punkt 2: Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) und Institut für Höhere Studien (IHS) gehen zwar nicht von einer Rezession, aber doch von einer Abkühlung der Konjunktur aus. Das wird ein Ende der Arbeitsmarkterholung nach sich ziehen. Die Konjunktur ist in Österreich im Vergleich zu Deutschland bislang relativ robust geblieben, so die Einschätzung der Wirtschaftsforscher. Trotzdem: „Die österreichische Wirtschaft verliert weiter an Schwung und wächst im Prognosezeitraum nur mäßig", prophezeit das WIFO Anfang Oktober.

Schlechtes Timing

Die schwächelnde Wirtschaft und der zu erwartende Anstieg der Arbeitslosigkeit – allgemein und besonders in bestimmten Gruppen – erfordern rasch entschlossene Maßnahmen der Politik. Ob die noch amtierende Bundesregierung hier energisch gegensteuern wird, ist fraglich. Und eine neue Bundesregierung wird wohl noch länger auf sich warten lassen.

Allzeit bereit?

So weit aktuelle Zahlen. Aber nicht erst diese machen Aktivitäten am Arbeitsmarkt dringlich. Der Druck auf die ArbeitnehmerInnen steigt und steigt, ein Ventil ist

derzeit nicht in Sicht. Die Arbeitsverdichtung nimmt zu, die beruflichen Anforderungen steigen, die Grenze zwischen Arbeitszeit und Freizeit verschwimmt für immer mehr Beschäftigte. In einer Online-Umfrage haben Beschäftigte der Arbeiterkammer mitgeteilt, dass 81 Prozent von ihnen ständig für die Arbeit erreichbar sind, 61 Prozent fühlen sich dadurch gestört und belastet. Grund für die Anrufe aus der Arbeit in der Freizeit sind in den meisten Fällen kurzfristige Dienstplanänderungen. Damit steigt auch der Druck im Privat- und Familienleben.

Apropos Druck: Österreich ist in der Europäischen Union eines der Länder mit den längsten Arbeitszeiten: Mehr als 41 Stunden arbeiten wir im Schnitt pro Woche. Pro Jahr werden 255 Millionen Mehr- und Überstunden gemacht. Von den geleisteten Überstunden werden 43 Millionen nicht bezahlt, so die Statistik Austria. Die unbezahlten Stunden ergäben umgerechnet 25.000 Vollzeit-Arbeitsplätze.

Zu wenig Schlaf

Dass wir so lange arbeiten, ist nachgewiesenermaßen nicht gesund: Das betrifft nicht nur die vielen Überstunden – bezahlt oder nicht –, sondern auch die neuen Möglichkeiten des 12-Stunden-Tages. Die Österreichische Gesellschaft für Arbeitsmedizin warnt bereits davor, dass es durch die Ausweitung der täglichen, wöchentlichen und jährlichen Höchstarbeitszeit zu mehr arbeitsbedingten Erkrankungen kommen wird. Dass überlange Arbeitszeiten krank machen, ist vielfach belegt: Nach neun Stunden steigt das Verletzungsrisiko enorm, nach zwölf Stunden besteht ein um 173 Prozent erhöhtes Verletzungsrisiko und ein höheres Risiko für Schlaganfälle. Bei 12-Stunden-Schichten bleibt vor und nach der Arbeit wenig Zeit für persönliche Verrichtungen, für echte Freizeit. Der Schlaf ist in der Regel nach so langen Arbeitstagen kürzer als die empfohlenen 7,5 bis 8 Stunden. Eine „echte Freizeit“ ist ebenfalls nicht mehr möglich.

Arbeit fair teilen

Die einen arbeiten zu lange, auf Kosten ihrer Gesundheit und Freizeit – die anderen haben keine Arbeitsplätze, auf Kosten ihrer Einkommen und ihrer Würde. Man muss nicht Atomphysik studiert haben, um auf die eine naheliegende Lösung zu kommen: Die vorhandene Arbeit muss gerechter verteilt werden. Die Arbeitszeit muss kürzer, planbarer und selbstbestimmter werden. Auch die leichtere Erreichbarkeit der sechsten Urlaubswoche und eine 4-Tage-Woche bringen kürzere Arbeitszeit und mehr Zeit für Ausgleich, Erholung und Privatleben.

> Die vorhandene Arbeit muss gerechter verteilt werden. Die Arbeitszeit muss kürzer, planbarer und selbstbestimmter werden.

Neue Arbeit schaffen

Die Klimakrise und die Digitalisierung verändern unser Leben schon jetzt. Das kann und muss sich kluge Arbeitsmarktpolitik zunutze machen. In Maßnahmen gegen die Klimakrise stecken jede Menge Arbeitsplätze, etwa durch den Ausbau erneuerbarer Energien, thermische Sanierungen oder den Umstieg auf saubere Heiz- und Kühlsysteme. Die Digitalisierung bringt bereits jetzt – und wird das verstärkt tun – neue Berufe und ganze Branchen hervor. Das wissen wir bereits, daher können sich sowohl das Bildungssystem als auch die Schulungsangebote des Arbeitsmarktservice verstärkt darauf einstellen. Die Neubelebung der „Aktion 20.000“ muss rasch in die Gänge kommen und kann auch in diesen beiden Feldern viel Sinnvolles bewirken.

Gestern ...

Christine ist jetzt 72. Sie hat nach der Handelsschule bei einem Haushaltsgerätehersteller als Büroassistentin gearbeitet und ist bis zu ihrer Pension dort geblieben. Ein sicherer Arbeitsplatz, ein stabiles Einkommen, berechenbare Arbeitszeiten, klare Trennung von Arbeit und Freizeit, ein gewisses Maß an Selbstbestimmung, ein Betriebsrat, nach 25 Dienstjahren sechs Wochen Urlaub – das war Christines Arbeitsleben.

... heute ...

Hannah ist 25. Sie hat nach Abbruch der AHS ihre Lehre als Hotel- und Gastgewerbeassistentin im Jahr 2015 abgeschlossen. Seither hat sie in vier verschiedenen Hotels gearbeitet. Die Personalfluktuation ist in allen Hotels enorm, bei Weitem nicht alle Stellen werden nachbesetzt, die übrigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter springen ständig ein. Per WhatsApp werden Schichtpläne gemacht, es wird erwartet, dass man auch in der Freizeit permanent online ist – man könnte ja gebraucht werden. Die Freizeitplanung ist schwierig: dass Hannah Treffen mit FreundInnen und Familie absagen muss, um einen Dienst zu übernehmen, ist keine Seltenheit. Einen Betriebsrat, der die MitarbeiterInnen unterstützt, gibt es nicht. Das ist Hannahs Arbeitsrealität.

... und morgen?

Was Hannah bräuchte, um so zufrieden und gesund wie Christine arbeiten und dann in Pension gehen zu können, ist auch keine Atomphysik: Arbeitszeiten, die planbar sind; Vorgesetzte, die sowohl ihre MitarbeiterInnen als auch die Grenze zwischen Arbeit und Freizeit respektieren; mehr Zeit für Ausgleich und Erholung; die Chance, auch einmal sechs Urlaubswochen genießen zu können; Betriebsräte, die mitbestimmen und mitgestalten; Kinderbetreuungseinrichtungen, die Vollzeitarbeit ermöglichen; ein gutes soziales Netz, wenn sie es einmal brauchen sollte, zum Beispiel Qualifizierung durch das AMS.

Von all dem haben alle etwas: die Menschen, die Unternehmen, die Sozialsysteme, das Gesundheitssystem, die Wirtschaft. Vor allem bringt es die Beschäftigten wieder ein gutes Stück näher zu guter Arbeit und einem guten Leben.

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
nani.kauer@akwien.at
oder an die Redaktion
aw@oegb.at

Langzeit-Geduldsprobe

Ein gutes Leben, egal welches Geschlecht? Davon kann leider noch keine Rede sein: Noch immer verdienen Frauen weniger als Männer, arbeiten häufiger unbezahlt, haben weniger Freizeit, stoßen an gläserne Decken und müssen gegen Vorurteile kämpfen.

Astrid Fadler
Freie Journalistin

Immer noch meinen viel zu viele Menschen, Frauen vorschreiben zu müssen, was sie unter „gutem Leben" zu verstehen hätten: zu Hause bei den Kindern bleiben, den Männern den Rücken frei halten. Bei allen Fortschritten schwingt dieser altmodische Anspruch weiterhin in vielen Debatten mit. Hartnäckig hält sich auch dieses Vorurteil: Weil mehr Frauen arbeiten, verwahrlosen die Kinder immer mehr. Die Rabenmutter eben. Dabei sollte es den Frauen selbst überlassen sein, was für sie ein gutes Leben ist. Stichwort Wahlfreiheit.

Betrachtet man genauer, ob es denn ein geschlechtergerechtes Leben in Österreich gibt, so muss man ernüchtert feststellen: Fortschritte bei der Gleichstellung von Frauen werden nur im Schneckentempo erzielt – und zwar weltweit und nicht nur auf Österreich bezogen. Doch hierzulande müssen Frauen wohl besondere Geduld und FrauenpolitikerInnen einen besonders langen Atem haben. Schließlich findet sich Österreich in puncto Gleichstellung im internationalen Vergleich seit Jahren auf den hinteren Rängen; die Lohnschere bewegt sich kaum. Beim Gender Pay Gap liegen wir mit 19,9 Prozent fast vier Prozentpunkte über dem EU-Durchschnitt. Beim „Women in Work"-Ranking der Wirtschaftsberatung PwC belegt Österreich nur Rang 25 unter 33 OECD-Ländern. Im Jahr 2000 waren wir noch auf dem 13. Platz. Zwei Frauenvolksbegehren – das letzte im Jahr 2018 haben immerhin fast eine halbe Million Menschen unterzeichnet – haben so gut wie nichts gebracht. Immerhin, seit Jänner 2018 gilt die Quotenregelung für Aufsichtsratsgremien. Die 30 Prozent Frauenanteil sind noch nicht erreicht, im Oktober 2018 lag Österreich mit 26 Prozent noch immer unter dem EU-Schnitt. Noch deutlich geringer ist der Frauenanteil übrigens in Vorständen und Geschäftsführungen.

Ungleiche Chancen

Nun mag sich die realistische Chance auf einen Sitz im Aufsichtsrat oder im Vorstand nicht automatisch in Zusammenhang mit gutem Leben aufdrängen. Allerdings, für Männer sind derartige Ambitionen durchaus selbstverständlich. Benachteiligung und Chancenungleichheit für Frauen ziehen sich durch alle Einkommens-, Alters- und Bildungsschichten. Da ist die alleinerziehende Mutter, die aufs Land gezogen ist, weil dort die Mieten billiger sind. Wochentags bringt sie zuerst ihre Kinder zur Schule, dann pendelt sie mit dem Bus in die Stadt zur Arbeit. Mit ihrem Gehalt kommt sie nur knapp über die Runden. Müdigkeit und ein schlechtes Gewissen sind fast schon ständige Begleiter. Ohne die tatkräftige Unterstützung beider Omas wäre sie verloren. Kein Einzelschicksal: Ein-Eltern-Haushalte – fast ausschließlich Frauen mit ihren Kindern – haben mit rund 30 Prozent das höchste Armutsrisiko aller Haushaltstypen.

Neben ihr im Bus in die Stadt sitzt die Pensionistin, die zwei Kinder aufgezogen hat, sich um Eltern und die Schwiegermutter gekümmert hat. Sie hat oft „nebenbei" gearbeitet, entsprechend niedrig ist jetzt ihre Pension. Oder die Akademikerin, die lange auf eine Führungsposition hingearbeitet hat und dann an (unausgesprochenen) Vorbehalten und Widerständen scheitert.

Lieber keine Chefin

Eine Studie der Uni Düsseldorf mit mehr als 1.500 Studierenden zeigte kürzlich, dass selbst unter jungen Menschen noch Vorurteile gegenüber weiblichen Führungskräften bestehen, sie werden nur seltener als früher laut ausgesprochen. So haben nur 23 Prozent der Teilnehmenden in einer direkten Befragung Vorbehalte gegenüber weiblichen Führungskräften eingeräumt. Bei einer zufallsverschlüsselten, anonymen Befragung waren es mit

37 Prozent sogar noch deutlich mehr. Wobei sich zeigte, dass Männer wesentlich weniger Hemmungen hatten, ihre Vorbehalte offen zu äußern. Bei den weiblichen Befragten waren es nur 10 Prozent, während bei der anonymen Befragung 28 Prozent Bedenken gegen weibliche Vorgesetzte hatten.

Dass die Beschäftigungsquote von Frauen mit über 68 Prozent derzeit knapp neun Prozentpunkte unter der von Männern liegt, ist hauptsächlich dem hohen Teilzeitanteil geschuldet. 47,5 Prozent der berufstätigen Österreicherinnen haben keinen Vollzeitjob. Dabei wünschen sich viele Eltern eine bessere Aufteilung der Erwerbsarbeit. Vollzeitbeschäftigte, die in der Regel nicht selten auch regelmäßig Überstunden machen, wünschen sich oft eine Reduktion der Arbeitszeit, während viele Teilzeitkräfte gerne etwas mehr arbeiten bzw. verdienen würden. Denn laut der aktuellen Verdienststrukturerhebung von Statistik Austria sind die Stundenlöhne von Teilzeitbeschäftigten durchwegs niedriger als bei Vollzeitbeschäftigten.

Gebildet und schlecht bezahlt

„Objektiv betrachtet", so Sybille Pirklbauer, AK-Expertin für Gendergerechtigkeit und Familienförderung, „müssten weibliche Beschäftigte mehr verdienen als männliche. Denn mittlerweile haben deutlich mehr Frauen als Männer Matura oder einen akademischen Abschluss. Frauen arbeiten außerdem häufiger in großen Unternehmen, die üblicherweise höhere Gehälter und Löhne zahlen." Dass dem aber nicht so ist, ist ein wichtiger Hinweis darauf, dass Frauen immer noch benachteiligt werden. Es greift eindeutig zu wenig weit, wenn behauptet wird, Frauen wären am Gender Pay Gap selbst schuld, weil sie zu zurückhaltend und nicht forsch genug sind, ihre Kinder nicht loslassen können, sich zu wenig für Technik interessieren etc. Abseits davon wirft Pirklbauer die Frage auf: „Warum wird Care-Arbeit so viel schlechter bezahlt als das Jonglieren mit Zahlen und Aktien, das Erfinden von Werbeslogans und Ähnliches?"

Die alte Forderung nach besserer Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist trotz einiger Verbesserungen nach wie vor aktuell: (Betriebs-)Kindergärten mit ausgedehnten Öffnungszeiten, flexible Arbeitszeiten entsprechend den Bedürfnissen der ArbeitnehmerInnen, mehr Möglichkeiten für Väter, sich aktiv, intensiv und langfristig an der Kinderbetreuung zu beteiligen etc., könnten die Situation von Frauen in der Arbeitswelt merklich verbessern. Manche großen Unternehmen bieten sogenannte Double-Career-Programme, mit denen verhindert werden soll, dass nach der Geburt eines Kindes ein Elternteil – in der Regel die Mutter – beruflich zurückstecken muss. Das kann von der Organisation der Kinderbetreuung über die Hilfe bei der Wohnungssuche bis hin zu einem konkreten Arbeitsplatzangebot für den Partner im gleichen Unternehmen reichen. Neben einer höheren Motivation der MitarbeiterInnen erhoffen sich Arbeitgeber von diesen Maßnahmen auch Vorteile im Wettbewerb um qualifizierte Fach- und Führungskräfte.

Landflucht bremsen

Nicht unbedingt große Karrierepläne, sondern eher pragmatische Gründe veranlassen viele junge Menschen, vom Land in die Stadt zu ziehen. In der Altersgruppe zwischen 18 und 26 finden sich überproportional viele Frauen. Hauptabwanderungsgründe der jungen Frauen sind ungünstige berufliche Perspektiven, deutlich schlechtere Verdienstmöglichkeiten als jene der Männer, lange Wege und Autoabhängigkeit, Fehlen von adäquaten Freizeitangeboten (das Vereinsleben ist meist männerdominiert), eingeschränkte Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch unzureichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten, aber auch Konflikte mit traditionellen geschlechtsspezifischen Rollenbildern.

Für jene Frauen, die auf dem Land bleiben, stehen die Jobchancen oft schlecht: MitarbeiterInnen von AMS, Beratungs- und Schulungsorganisationen beobachten, dass Frauen in ländlichen Regionen überdurchschnittlich häufig unter ihrem Ausbildungsniveau beschäftigt sind. Wie weit durch die Digitalisierung attraktive Jobs für qualifizierte Frauen auf dem Land möglich sind, untersuchte kürzlich ein Entwicklungsprojekt im Auftrag des Sozialministeriums. Zur theoretischen und praktischen Auseinandersetzung mit dieser Frage wurden auch Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern einbezogen. Die Ergebnisse und Empfehlungen des Endberichts: Der flächendeckende Breitbandausbau ist dringend nötig. Schulungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen für Beschäftigte und Führungskräfte können dazu beitragen, Vorteile von Telearbeit & Co. besser nutzen zu können und potenzielle Nachteile zu minimieren. Um eine Win-win-Situation für Arbeitsuchende und Unternehmen zu ermöglichen, kann durch staatliche Initiativen, nationale Strategien und/oder Vereinbarungen der Sozialpartner ein verbindlicher Rahmen erstellt werden für spezifische Regelungen jener Unternehmen, die Telearbeit vergeben möchten.

Zurück zum guten Leben und den Geschlechtern: Wahlfreiheit und Gleichstellung müssen zentrale Ansprüche in diesem Zusammenhang sein. Denn es muss den Menschen selbst überlassen sein, was sie unter „einem guten Leben" verstehen. Wenn für eine Frau Beruf und Karriere genauso wie die Familie dazugehört, so muss es den Paaren (ja, auch den Männern!) möglich sein, diese Dimensionen miteinander zu vereinbaren. Gleichstellung ist unumgänglich, denn es kann nicht sein, dass eine Leistung schlechter bezahlt wird, nur weil sie von einer Frau erbracht wurde. Ob bei der Wahlfreiheit oder bei der Gleichstellung: Hier gibt es weiterhin viel zu tun.

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
afadler@aon.at
oder an die Redaktion
aw@oegb.at

Schein oder Sein? *Das ist*

Über Statussymbole drücken Menschen wohl am deutlichsten aus, wie gut es ihnen geht. Doch wie wichtig ist für die Menschen jener Besitz, den die Werbung so gerne verkaufen möchte? Welche Rolle spielt das Einkommen, die Arbeit selbst – und was macht sonst das gute Leben aus?

Text: Sonja Fercher
Fotos: Michael Mazohl
Konzept & Produktion: Thomas Jarmer

Auto, Haus und Boot: Das waren einst klassische Statussymbole. Wer sie hatte, stellte etwas dar – und stellte Villa, Porsche und Luxusyacht auch gerne zur Schau. Viele Statussymbole sind inzwischen mehr Menschen zugänglich. Das Ralph-Lauren-Hemd, die Rolex oder die Vielfliegerkarte ist somit nicht mehr zwingend ein Zeichen dafür, dass es einem finanziell gut geht.

Nichtsdestotrotz haben Statussymbole weiter ihre Bedeutung. Im Jahr 2014 etwa publizierte die Zeitung „Die Presse“ einen Beitrag mit dem Titel „33 Statussymbole für den Manager von Welt“. Darunter finden sich nicht nur Dienstlimousine inklusive Fahrer, Maßanzug oder das eigene Pferd. Auch Freizeitaktivitäten wie Tennis, Golf oder Fitness, inklusive Mitgliedschaft in einem exklusiven Club, werden aufgelistet. Doch was haben eigentlich Statussymbole wie diese mit dem guten Leben für alle zu tun? Keine Frage: Geld allein macht nicht glücklich – und empfundenes Glück ist selbstverständlich ein wichtiges Element eines guten Lebens. Und doch macht es Geld zweifellos leichter, ein gutes Leben zu führen.

Gesundheit, soziales Netz, Zuhause

Was ist das eigentlich: ein gutes Leben? Vor allem: Was verstehen eigentlich die Menschen darunter? Antworten darauf liefern verschiedene Quellen, unter anderem EU-SILC, eine EU-weite Statistik zu Einkommen und Lebensbedingungen. Durchgeführt wird sie in Österreich von der Statistik Austria. Diese wiederum fragt zudem im sogenannten Mikrozensus Daten zu Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit und Bildung ab. Was sagen nun diese Daten? Gesundheit, Familie und FreundInnen sowie ein gutes Zuhause: Diese drei Themen rangieren bei den Menschen selbst an der Spitze. In konkreten Zahlen: Rund 82 Prozent nennen den Gesundheitszustand, rund 69 Prozent das soziale Netz und 61 Prozent die Wohnsituation und das Wohnumfeld als Maßstäbe für Lebensqualität.

Ein höheres Einkommen geht im Allgemeinen mit höherer Lebenszufriedenheit einher.

t eine gute Frage

Es mag erstaunen, dass das Einkommen nicht Platz eins einnimmt. Dies lässt sich nicht losgelöst von den Rahmenbedingungen verstehen: In Österreich gibt es immer noch eine verhältnismäßig gute Gesundheitsversorgung, das öffentliche Bildungssystem macht es möglich, dass Eltern nicht Unmengen für die Bildung ihrer Kinder ausgeben müssen oder gar noch die Kosten für den eigenen Bildungsweg abbezahlen – kurzum: Der Wohlfahrtsstaat ist noch stark genug, sodass andere Prioritäten an Bedeutung gewonnen haben. Zu diesen Prioritäten zählt nicht zuletzt die intakte Umwelt, die für 57 Prozent von Bedeutung ist.

Auch mag erstaunen, dass die Arbeit verhältnismäßig weit hinten rangiert, heißt es doch immer, Arbeit und das damit verbundene Einkommen seien der wichtigste Maßstab für ein gutes Leben. Anders gesagt: Nur wer Arbeit hat, dem oder der geht es gut, und nur wer mit dieser Arbeit gutes Geld verdient, kann auch gut leben. Widersprechen dem nun die Daten, wonach „nur“ für 43 Prozent die Arbeitsbedingungen wichtig sind, „nur“ für 36 Prozent die Höhe des Einkommens und „nur“ für 35 Prozent die Ausgewogenheit von Freizeit und Erwerbstätigkeit? Eine solche Schlussfolgerung wäre jedenfalls voreilig, wie ein Blick auf andere Zahlen und Zusammenhänge zeigt.

Demnach führt mehr Geld jedenfalls zu mehr Lebenszufriedenheit, denn wer mehr Einkommen hat, ist auch zufriedener mit dem eigenen Leben: Ein höheres Einkommen geht im Allgemeinen mit höherer Lebenszufriedenheit einher. Auch höhere Bildung und eine höhere Stellung im Beruf – und somit meist bessere Einkommen – lassen die Menschen zufriedener mit ihrem Leben sein. Allerdings fühlen die Menschen sich nicht nur „glücklicher“, sondern auch gesünder. In den Untersuchungen wurde auch abgefragt, wie die Menschen ihren eigenen Gesundheitszu-

Wer mehr Einkommen hat, ist nicht nur zufriedener, sondern auch gesünder.

stand bewerten. Hier wird deutlich, wie wichtig Arbeit in der Tat ist. Kurz zusammengefasst: Wer eine hat, ist zufriedener mit dem eigenen Leben. Und: Je besser die berufliche Position, desto zufriedener sind die Menschen.

Aktive Politik für gutes Leben

Erneut zeigt sich, welch enorme Bedeutung ein Wohlfahrtsstaat hat, der sich nicht auf die passive Rolle zurückzieht, sondern aktiv gestaltet. Kurzum, wenn Politik sich nicht zurücklehnt und die Menschen sich selbst überlässt, sondern vielmehr aktiv versucht, über Arbeitsmarkt-, Sozial-, Bildungs-, Gesundheits- oder Umweltpolitik die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen, damit möglichst viele Menschen ein gutes Leben führen können.

Gute Gesundheit und ein gutes soziales Netz: Beides ist eng mit Arbeit und Einkommen verbunden. Wer mehr Einkommen hat, ist nicht nur zufriedener, sondern auch gesünder. Auch rechnen Menschen deutlich eher damit, im Fall der Fälle Unterstützung aus dem sozialen Netz zu erhalten, je mehr sie verdienen. Gerade Arbeitslose schätzen in dieser Hinsicht ihre Situation am schlechtesten ein. Und sie bewerten auch ihren eigenen Gesundheitszustand schlechter. „Arbeitslose weisen eine deutlich geringere Lebenszufriedenheit auf, befinden sich in einem schlechteren Gesundheitszustand und können in einem geringeren Maße mit Hilfe von ihrem sozialen Umfeld rechnen“, fasst die Statistik Austria zusammen.

Die Daten zeigen auch, wie zynisch die Erzählung von der sozialen Hängematte ist, in der es sich Arbeitslose angeblich bequem machen: „Je länger Personen arbeitslos sind, desto geringer fällt das Wohlbefinden aus.“ Das eine ist das subjektive Gefühl, das andere sind die Fakten, könnte man dem entgegenhalten. Doch auch diese belegen, dass ein

gutes Leben leichter möglich ist. Umgekehrt gesagt: Wer keine Arbeit hat, bewertet seinen Gesundheitszustand öfter als „schlecht“ oder „sehr schlecht“ und leidet unter chronischen Krankheiten. Auch ist die Statistik Austria der Frage nachgegangen, welche Folgen Arbeitslosigkeit auf Dauer hat. Dazu wurden die Angaben von Menschen, die im Vorjahr nicht oder nur kurz (maximal sechs Monate) arbeitslos waren, mit den Angaben jener verglichen, die im Vorjahr zwischen sechs und zwölf Monate lang arbeitslos waren. Das Ergebnis: Wer länger arbeitslos war, gibt „häufiger eine schlechte Gesundheit und chronische Krankheiten“ an als jene, bei denen das nicht oder nicht lange der Fall war.

Rahmen verbessern

Somit kann eine aktive Arbeitsmarktpolitik sehr viel zu einem guten Leben beitragen – sprich: eine Politik, die sich nicht darauf beschränkt, Arbeitslose auf offene Stellen zu vermitteln und sie während der Arbeitslosigkeit sozial abzusichern – und sie dabei immer stärker unter Druck setzt, statt die Rahmenbedingungen zu verbessern. Dazu gehören etwa Weiterbildungsangebote, sodass Arbeitslose bessere Chancen haben, einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Dazu gehören aber auch Maßnahmen wie die „Aktion 20.000“, damit auch jene, denen am freien Markt kein Arbeitsplatz mehr angeboten wird, Arbeit und ein Einkommen haben.

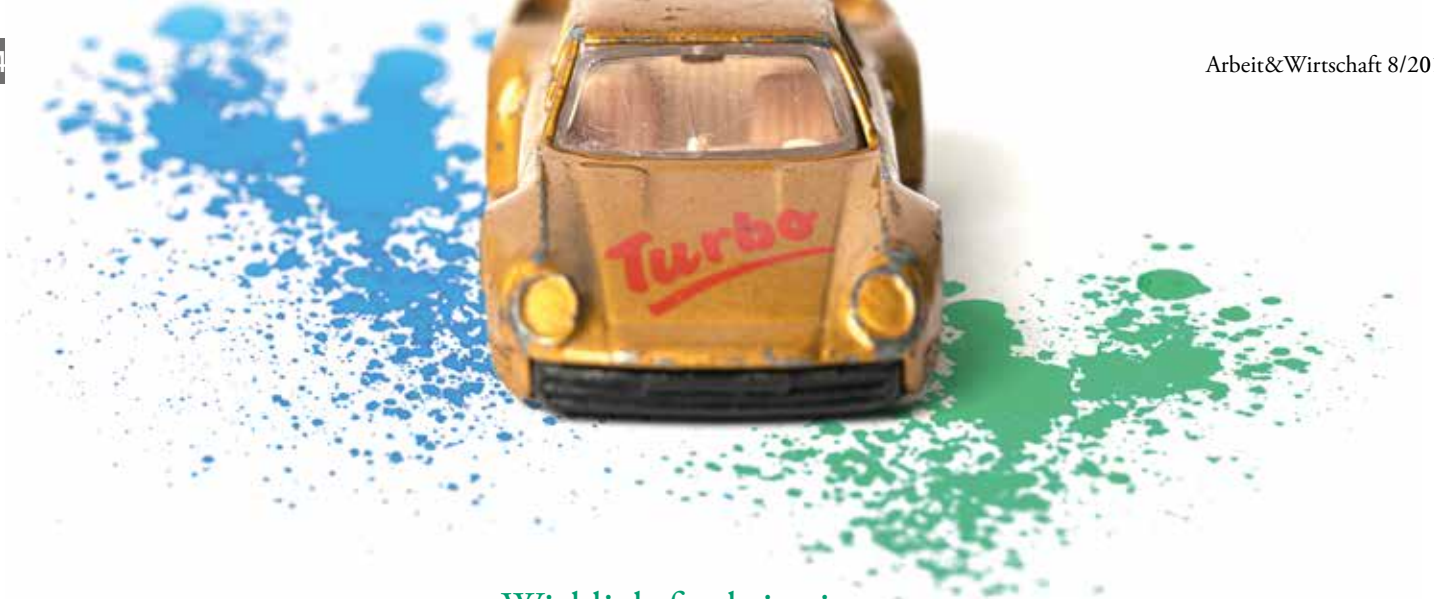
Gute Arbeit!

Dabei sei auch zu bedenken, dass Arbeit nicht gleich Arbeit ist. Vielmehr spielt auch die Qualität der Arbeit eine Rolle, und diese wiederum wird unter anderem durch die Form der Beschäftigung bestimmt: Prekäre Beschäftigung bringt geringere Lebenszufriedenheit mit sich als „reguläre“ Beschäftigungsverhältnisse. Auch das Einkommen macht logischerweise einen Unterschied: Jene mit den höchsten Einkommen sind deutlich zufriedener als jene mit den geringsten Einkommen.

Was man daraus aus gewerkschaftlicher Sicht ableiten kann: Das Engagement von Gewerkschaften ist ganz nah an den Bedürfnissen der Menschen selbst – und nicht, wie momentan gerne polemisch behauptet wird, „von gestern“. Dass sie sich in den KV-Verhandlungen dafür einsetzen, dass die Löhne und Gehälter dem steigenden Wohlstand entsprechend mitwachsen; dass sie sich für ein ausgewogene(re)s Verhältnis von Arbeit und Freizeit einsetzen; dass sie dem wachsenden Druck in der Arbeitswelt entgegentreten; und dass sie sich für den Erhalt des Wohlfahrtsstaates und dessen Modernisierung einsetzen.

Faire Verteilung!

Nicht zuletzt lässt sich auch das unbeirrte Engagement für eine gerechte Verteilung daraus ableiten. Denn ein weiteres interessantes Ergebnis aus den Untersuchungen lautet: „Die Lebenszufriedenheit wird (…) nicht nur durch das Wohlstandsniveau beeinflusst, sondern auch durch das Einkommen im Vergleich zu anderen.“ Sprich, es geht nicht nur darum, dass man selbst ein gutes Einkommen hat. Vielmehr geht es den Menschen besser, wenn die Einkommen insgesamt



gleicher verteilt sind. Dies wiederum deckt sich mit internationalen Erfahrungen, wie die beiden WissenschafterInnen Richard Wilkinson und Kate Pickett aufgezeigt haben; Stichwort „Gleichheit ist Glück“.

Es ist ein dickes Brett, das Gewerkschaften und Arbeiterkammer hier bohren. Denn auch in Österreich nimmt die Ungleichheit zu. Zwar funktioniert die Umverteilung über Einkommen in Österreich nach wie vor sehr gut; sprich: Der Wohlfahrtsstaat wird hier seiner Aufgabe gerecht. Anders aber sieht die Lage bei den Vermögen aus, denn diese sind enorm ungleich verteilt. So haben die obersten 10 Prozent mehr als die Hälfte des Vermögens, die restlichen 90 Prozent haben Zugriff auf die übrigen 44 Prozent des Vermögens. Zudem leisten Vermögen nur einen minimalen Beitrag zur Finanzierung des Wohlfahrtsstaates. Dieser aber bräuchte dringend eine solide Finanzierung, und nicht nur weil die alternde Gesellschaft neue Dienstleistungen nötig macht, Stichwort Pflege und Gesundheit. Er braucht sie auch, um dem Anspruch gerecht zu werden, dass mehr Menschen ein gutes Leben führen können – und dass alle das sprichwörtliche Stück vom Kuchen bekommen.

Leeres Versprechen

Denn leider besteht kein Zweifel mehr daran, dass das Versprechen, „unseren Kindern wird es einmal besser gehen“, längst nicht mehr erfüllt wird. Die damit verbundene Hoffnung, dass es auch immer mehr Kindern immer besser gehen möge, ist in noch weitere Ferne gerückt. Ja, und dies trifft auch auf Österreich zu, eines der reichsten Länder der Welt.

Wirklich funktionieren kann das System aber nur, wenn auch die breite Masse die Statussymbole haben will und sie sich vor allem leisten kann.

Denn nach wie vor werden Bildungschancen vererbt, setzt sich also die soziale Selektion fort. Das lässt sich nicht nur seit Jahren in den jeweiligen Untersuchungen wie der PISA-Studie nachlesen. Eine Zahl dazu: Mehr als die Hälfte der Kinder von Eltern mit Uniabschluss studieren selbst. Hingegen besuchen gerade einmal fünf Prozent der Kinder von Eltern ohne akademischen Abschluss eine Uni.

Von gleichen Chancen auf ein gutes Leben kann keine Rede sein. Schlimmer noch: Wer schon hat, bekommt immer mehr. Besser gesagt: Erbschaften manifestieren die bestehende Ungleichheit, ja, verschärfen sie sogar noch weiter. Konkret ausgedrückt: Die untere Hälfte in der Einkommensverteilung erbt vielleicht ein Auto oder ein Sparbuch, und die obere Mitte erbt vielleicht ein Eigenheim. In Zahlen: 124.000 Euro beträgt das durchschnittliche Erbe der unteren 90 Prozent, bei den Top 10 sind es 828.000 Euro und beim obersten Prozent sind es 3,4 Millionen Euro. Somit herrscht ein Kreislauf, in dem jene, denen es ohnehin schon gut geht, sich darauf verlassen können, dass das auch so bleibt – während jene, denen es verhältnismäßig schlechter geht, selbst bei großer Leistungsbereitschaft nicht oder nur unter großen Anstrengungen vom Fleck kommen. Denn es ist eben gerade nicht die eigene Leistung, die einen voranbringt – leider!

Auf Status gebaut

Was hat all dies mit Statussymbolen zu tun? Nun, unser ganzes Wirtschaftssystem hat sich rund um sie konstruiert, ja sogar die Vorstellungen von Wohlstand sind um sie herum gebaut. Warum? Nun, es sind gerade die Vermögenden, an denen sich die Industrie orientiert, denn mit ihnen lässt sich natürlich erst mal viel Geld verdienen. Wirklich funktionieren kann das System aber nur, wenn auch die breite Masse die Statussymbole haben will und sie sich vor allem leisten kann.

Der Besitz der Dinge soll aber nicht nur die Menschen glücklich machen, sondern auch den Wohlstand der Gesellschaft absichern und vergrößern, also mehr Menschen glücklich machen.

Die Globalisierung hat genau dies möglich gemacht – allerdings um den Preis der Ausbeutung von Mensch und Natur. Das wiederum führt dazu, dass neue Statussymbole gesucht werden, was wiederum die Industrie anspornt, sie auch der breiten Masse zugänglich zu machen. Ein Kreislauf also.

Besitz ist gutes Leben?

Der Besitz der Dinge soll aber nicht nur die Menschen glücklich machen, sondern auch den Wohlstand der Gesellschaft absichern und vergrößern, also mehr Menschen glücklich machen. Einfach ausgedrückt: Brummen die Unternehmen, verkaufen sich die Produkte, das wiederum bringt Wachstum, was wiederum Jobs mit sich bringt – und unterm Strich bringt all das ein gutes Leben für immer mehr Menschen. Man könnte sagen: Unser ganzes Wirtschaftssystem und die verbreiteten Vorstellungen von Wohlstand bauen darauf auf, dass die oberflächliche Behauptung auf die große Masse umgelegt wird, wonach der Besitz bestimmter Dinge ein gutes Leben ausmache. Doch es wird auch immer deutlicher, dass dieses System seine vielfältigen Versprechen nicht mehr einhalten kann.

Voraussetzungen schaffen

Sich etwas leisten können: Diese Formulierung drückt wohl sehr gut aus, wonach sich viele Menschen sehnen. Aber was es konkret ist, das sie sich dann leisten wollen, das hängt zweifellos von den individuellen Vorlieben ab. Auf all diese Bedürfnisse kann die Politik freilich keine Antwort bereithalten. Es ist auch nicht das Ziel gewerkschaftlicher Politik, dass sich alle den berühmten Porsche leisten können. Sehr wohl aber kann sie gute Rahmenbedingungen schaffen: in Form eines guten Gesundheitssystems, in Form einer guten Arbeitsmarktpolitik, in Form eines fairen Steuersystems, in Form eines guten Bildungssystems, durch Regeln für Märkte, durch gute und leistbare öffentliche Dienstleistungen. Sprich, die Voraussetzungen dafür schaffen, dass ihre wichtigsten Anliegen auch erfüllt werden können: Gesundheit, ein gutes soziales Netz, ein gutes Zuhause, eine intakte Umwelt, gute Arbeitsbedingungen, ein gutes Einkommen und ein gutes Gleichgewicht von Arbeit und Freizeit – ob da nun Haus, Auto und Boot dazugehören oder vielleicht etwas ganz anderes.

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Redaktion
aw@oegb.at

Emanzipation statt Marktwert

Bildung ist Motor gesellschaftlicher Veränderungen. Statt Menschen der wirtschaftlichen Verwertbarkeit unterzuordnen, brauchen wir frei machende Bildung.

Boris Ginner
Abteilung Bildungspolitik der AK Wien

Bis heute stehen einander im Bildungsdiskurs zwei völlig konträre Bildungsbegriffe gegenüber. Der brasilianische Pädagoge Paulo Freire brachte es in seinem Werk „Pädagogik der Unterdrückten – Bildung als Praxis der Freiheit" auf den Punkt: „Erziehung kann niemals neutral sein – entweder ist sie Instrument zur Befreiung des Menschen oder Instrument seiner Domestizierung, seiner Abrichtung für die Unterdrückung."

Bildung bewegt sich stets im Spannungsfeld zwischen Anpassung und Widerstand. Auf der einen Seite steht die bestmögliche Selbstpositionierung am Markt und auf der anderen Seite emanzipatorische Weiterentwicklung zu mündigen, kritisch denkenden Menschen. Noch deutlicher brachte es der deutsche Revolutionär Wilhelm Liebknecht vor rund 150 Jahren auf den Punkt: Schule könne sowohl das mächtigste Mittel der Befreiung, aber auch zugleich das mächtigste Mittel der Knechtung sein.

Bildung und soziale Verbesserungen

Zweifellos ist es den ArbeiterInnen im Laufe der vergangenen 150 Jahre gelungen, die Arbeits- und Lebensbedingungen eines Großteils der Bevölkerung massiv zu verbessern. Gerade die Bildung leistete dazu einen entscheidenden Beitrag – waren doch die Vorläufer der Gewerkschaften neu gegründete Bildungsvereine von und für ArbeiterInnen. Durch Bildung konnte der arbeitenden Klasse, den Lohnabhängigen, bewusst gemacht werden, dass die bestehenden Verhältnisse nicht unverrückbar sind, sondern verändert werden können. Dies wiederum war notwendige Voraussetzung für tatsächliche politische Veränderungen – von der Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts bis hin zu sozialpolitischen Errungenschaften, wie geregelten Arbeitszeiten, Recht auf bezahlten Urlaub und vielem mehr.

Bildung kann also ein Beitrag zur Befreiung des Menschen von Unterdrückung sein, indem sie hilft, vorgefundene Gegebenheiten eines Gesellschaftssystems als veränderbar zu begreifen, Machtstrukturen zu erkennen, Gegenmacht zu entwickeln und herrschaftsbedingte Zwänge aufzubrechen. Dies ermöglicht es auch, politische Handlungsfähigkeit zu erlangen und sich wirksam für eigene und kollektive Interessen einzusetzen.

Von der neoliberalen …

Der heute oft als neoliberal bezeichnete Bildungsbegriff setzt die Priorität vorwiegend auf die wirtschaftliche Verwertbarkeit junger Menschen. Sprach Liebknecht noch von der Anfertigung von „Lohnsklaven des Kapitals" oder von „tauglichem Rohmaterial für die Kaserne", so spricht man heute von der Schaffung von Humanressourcen für die Wirtschaft. Gefragt sind flexible MarktteilnehmerInnen, die sich den Bedingungen am Markt anpassen und möglichst früh die Regeln des harten Wettbewerbs verinnerlichen. Wer fit für die Arbeitswelt sein möchte, muss mit möglichst guter Performance in Konkurrenzsituationen bestehen, um nicht von anderen verdrängt zu werden.

Junge Menschen sollen sich im immer schneller drehenden Hamsterrad unserer Leistungsgesellschaft abstrampeln, konkurrieren in permanenten Rankings und sammeln Zusatzqualifikationen, Soft Skills, ECTS-Punkte und Zertifikate. Sie optimieren ihre Lebensläufe und nehmen dafür unbezahlte Praktika, überlange Arbeitszeiten und prekäre Arbeitsbedingungen in Kauf. Permanente punktuelle Leistungsüberprüfungen erhöhen den Druck auf die SchülerInnen und führen letztlich zur Dominanz mechanischen Auswendiglernens vorgefertigter Lehrinhalte. Die Jugendlichen sollen sich diszipliniert sputen, denn schließlich braucht die Wirtschaft künftige Arbeitskräfte, die „funktionieren".

… zur emanzipatorischen Bildung

Bildung muss jedoch mehr sein als die Verabreichung von verwertbarem Wissen, portioniert in 50-Minuten-Einheiten. Bildung, die befreien soll, fördert die Persönlichkeitsentwicklung, den Intellekt, die Kreativität, setzt auf Teamarbeit, Ressourcenorientierung und Förderung von Gesundheit und körperlicher Entwicklung. Entscheidende Eckpfeiler sind soziale Kompetenz, genauso wie kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe; und vor allem: Mitgestaltung, aktive Partizipation. Wo, wenn nicht in der Schule, soll und muss Demokratie erlernt und gelebt werden?

Wollen wir in einer demokratischen Gesellschaft leben, muss das Bildungssystem Menschen zu mündigen, demokratisch eigenständigen, kritisch denkenden Bürgerinnen und Bürgern machen. Anstelle des Vermittelns von Jahreszahlen und Fakten, Institutionenkunde und Ereigniswissen müssen SchülerInnen wissen, wie sie neues Wissen erwerben, verwerten, anwenden und mit aktuellen Phänomenen vergleichen können. Politische Sachverhalte sollten aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet werden können. Statt sich einseitig und übermäßig auf die Defizite, Symptome und Probleme von SchülerInnen zu konzentrieren, sollte möglichst viel Raum sein für Förderung von Interessen und Stärken. Schließlich sind Interesse und Neugierde weitaus bessere Motivationsfaktoren als Angst vor schlechten Noten.

Frei machende Bildung …

… bedeutet selbstverständlich auch, dass wir in einer Gesellschaft der unterschiedlichen Ausgangsbedingungen und sozialen Ungleichheiten gezielte Fördermaßnahmen für Kinder mit schlechteren Startbedingungen brauchen. Bis heute ist der Bildungsweg eines Menschen in Österreich sehr stark von der „Geburtslotterie“ beeinflusst. Da sich kein Kind aussuchen kann, ob es in eine arme oder reiche Familie hineingeboren wird, muss die Bildungspolitik ausgleichend wirken. Die frühe Trennung nach der gemeinsamen Volksschule in Mittelschule und AHS führt zu einer Kluft, die sich im Laufe der weiteren Ausbildung noch verstärkt – und schlechte Ausgangsbedingungen einzementiert.

Zusätzlich entsteht ein riesiger Druck auf Kinder, Eltern und Lehrkräfte am Ende der Volksschule. Da unser Schulsystem nicht durchmischt, sondern aussortiert, sind Schulen mit völlig unterschiedlich hohen Herausforderungen konfrontiert. Dies sollte sich auch in der Schulfinanzierung niederschlagen, weshalb die AK das Modell einer Finanzierung nach dem sogenannten Chancen-Index vorgeschlagen hat.

Benachteiligungen ausgleichen heißt auch, ein Schulsystem zu schaffen, das private Nachhilfe überflüssig macht. Dies gelingt am besten an Lernorten, in denen Freizeit und Lernzeit verschränkt sind. Im Unterschied zur herkömmlichen Schule (mit oder ohne Nachmittagsbetreuung) wechseln sich in einer ganztägigen Schule von 8 bis circa 16 Uhr Unterrichts-, Lern- und Freizeitphasen mehrmals ab. Statt dass Eltern abends nach der Arbeit noch mit den Kindern Mathematik lernen oder Vokabeln abprüfen müssen, könnten Hausübungen und Schularbeitsvorbereitungen unter professioneller pädagogischer Aufsicht in der Schule erledigt werden. Zudem bliebe Zeit für soziales Lernen, freizeitpädagogische Aktivitäten, Bewegung oder Projektunterricht.

Da frühkindliche Betreuung und Förderung tiefgreifende und langfristige Auswirkungen haben, die mit späteren Maßnahmen nicht erreicht werden können, ist gerade der Kindergarten als Bildungsort von zentraler gesellschaftlicher Bedeutung – und eine fundamentale Säule eines „guten Lebens für alle“. Damit Kinder ihre Potenziale bestmöglich entfalten können, brauchen elementare Bildungseinrichtungen auch bestmögliche Rahmenbedingungen: kleinere Gruppen, ausreichend Unterstützungspersonal, eine bessere Entlohnung der ElementarpädagogInnen, die Möglichkeit der Supervision und muttersprachliche Angebote etc.

Generell gilt: Bildungseinrichtungen dürfen keine eingezäunten Anstalten sein, in denen isoliert von der Außenwelt vorgegebene Lehrinhalte verabreicht werden. Sie müssen offene Lebensorte sein, die an die Lebensrealität der Kinder und Jugendlichen andocken und in die lokale Infrastruktur eingebettet sowie mit anderen Einrichtungen vernetzt sind. Was es nicht braucht, sind autoritäre Disziplinierungsanstalten, in denen jungen Menschen der „Ernst des Lebens“ eingebläut wird. Wir brauchen Lernorte der Wertschätzung, des Humors, der Erfolgserlebnisse und des sozialen Lernens.

Junge Menschen sind keine passiven Lernroboter, die statische Inhalte konsumieren. Sie sind auch kein stets nur nach Eigennutz agierender zweckrationaler „Homo oeconomicus“. Sie sind soziale Wesen, die aktiv mitbestimmen, ein Bewusstsein für ein solidarisches Miteinander entwickeln und Verantwortung für sich selbst und die Gesellschaft übernehmen lernen. In diese Richtung müssen wir Bildung weiterentwickeln!

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor
boris.ginner@akwien.at
oder an die Redaktion
aw@oegb.at

Das gute Vermögen

Öffentliches Vermögen ist gut für uns alle – und bietet Raum für Gestaltung und Visionen.

John Evers
Erwachsenenbildner und Historiker

Hohe Lebensqualität: Dies ist für Romana Brait der wesentliche Grund, warum auch öffentliches Vermögen eine wichtige Rolle für ein gutes Leben für alle Menschen spielt. Es gibt vielfältige Vermögenswerte, die in öffentlicher Hand und dadurch allen Menschen zugänglich sind. Die AK-Expertin zählt einige davon auf: „Von der Wiener Hochquellwasserleitung über die Kindergärten in den Gemeinden bis zum Bregenzer Krankenhaus ist das öffentliche Vermögen ein Grundpfeiler für hohe Lebensqualität. Darin enthalten ist nicht nur klassische Infrastruktur wie öffentlicher Verkehr, Straßen oder Telekommunikationsnetze, sondern beispielsweise auch jene des Sozialstaats, wie etwa Schulen oder Pflegeheime. Auch natürliche Ressourcen, etwa Wasser oder Wald, sind zum Teil im öffentlichen Besitz."

Brait hat unter #ÖffentlichesVermögen #MeinsDeinsUnseres #FingerWeg eine formidable Twitter-Serie initiiert, die selbst den (neo)liberalen Journalisten Nikolaus Jilch zu Respektsbekundungen („gut gemacht", „lesenswerte Kampagne") animierte. Die einzelnen Beiträge der Kampagne zeigen anhand vieler großer und kleiner Beispiele, welchen Mehrwert öffentliches Eigentum für die Gesellschaft bietet. Klemens Himpele von der Wiener MA 23 verweist angesichts der Sommerhitze auf die rund 1.000 öffentlichen Trinkbrunnen Wiens. Franziska Disslbacher von der AK Wien nennt den grünen Prater, einst Jagd- und Vergnügungsgebiet des Adels, heute der größte Stadtpark der Welt. Andreas Kollross, Bürgermeister von Trumau, erklärt, wie sich BürgerInnen durch den Bau eines öffentlichen Gymnastikparks ein teures Fitnesscenter ersparen.

Hinter Schulden steht Vermögen

AK-Expertin Brait über ihre grundsätzliche Motivation für diese Kampagne: „In der öffentlichen Debatte wird nur über Schulden geredet. Das den Schulden gegenüberstehende öffentliche Vermögen wird ausgeblendet. Aber es ist wichtig, dass das öffentliche Vermögen gut erhalten und ausgebaut wird, sonst kann dies teure Folgen für die Zukunft haben: Engpässe in Schulen, Spitälern oder Pflegeheimen, marode Brücken oder verschmutzte Seen."

Berauben – lat. privare

Tatsächlich sind die Folgen der Beraubung der Gesellschaft durch die Privatisierungen der letzten Jahrzehnte in Europa deutlich spürbar. Insbesondere im Transport- bzw. Gesundheitswesen haben sich Preise bzw. Kosten nachweislich erhöht und Leistungen verschlechtert. Einen Höhepunkt in dieser Entwicklung bedeutete zum Beispiel die Privatisierung der britischen Eisenbahnen, die heute rund 70 Prozent der Bevölkerung wieder verstaatlichen wollen. Als Gründe für den neuen Trend zum Staat auf der Insel nennt die konservative „Neue Zürcher Zeitung" hohe Preise, Unpünktlichkeit und viele Ausfälle.

Trotz einer noch immer relativ hohen Quote an öffentlichem Eigentum gibt es auch in Österreich einige negative Paradefälle, wie die teure Privatisierung der Post oder der Austria Tabak. Simon Schumich von der AK Wien schreibt dazu im Rahmen der Twitter-Serie: „Im Jahr 2006 wurden 49 Prozent der Österreichischen Post AG um 652 Mio. EUR privatisiert. Bereits von 2006 bis 2013 sind dem Staat insgesamt 480 Mio. EUR an Dividenden entgangen." Noch pikanter ist das Beispiel der Austria Tabak: Diese ging 2001 an den britischen Tabakkonzern Gallaher. Der Kaufpreis war so gering, dass der britische Konzern diesen bereits nach fünf Jahren wieder hereingewirtschaftet hatte.

2007 wurde der Konzern dann von Japan Tobacco gekauft. Ein wesentlicher Eigentümer des Konzerns ist der japanische Staat. Bereits aus Perspektive der offiziellen ökonomischen Lehre erscheint hier somit vieles nicht stimmig. AK-Experte Georg Feigl hat bereits 2017 treffend belegt, dass das österreichische Staatsvermögen die öffentliche Verschuldung übersteigt. Zudem ist es (volks-)wirtschaftlich absolut nicht nachvollziehbar, dass Zeiten des „billigen Geldes" nicht für einen öffentlichen Vermögensaufbau, also Investitionen, genutzt werden, sondern neue Schuldenbremsen beschlossen werden.

Hohe Zufriedenheit, aber …

Dass die Menschen öffentliches Vermögen zu schätzen wissen, zeigen Umfragen, die eine hohe Zufriedenheit mit den Leistungen in öffentlicher Hand belegen. Für Österreich lagen die entsprechenden Werte laut OECD im Jahr 2012 zwischen 70 und 90 Prozent. Eine aktuelle Studie für Wien ergibt unter anderem in den Bereichen öffentlicher Verkehr, Kultur und Freizeit Zufriedenheitswerte von weit über 70 Prozent. Ebenso nicht unwesentlich: Die Arbeitsbedingungen waren, zumindest historisch betrachtet, im öffentlichen Sektor meist besser, die Position der Interessenvertretungen stärker.

Doch nicht nur direkte Privatisierungen bedrohen dieses „Standing". Bereits 2008 bilanzierte etwa die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung die europäischen Trends und Gefahren: „Bis Mitte der 1970er-Jahre bauten die damaligen Mitgliedsländer der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ihre öffentliche Infrastruktur aus – ohne dass europäische Institutionen daran Anstoß genommen hätten. In den 80er-Jahren schwenkte die EU-Kommission um. Die bis dahin akzeptierte Sonderrolle von Post, Verkehrswesen, Wasser- und Stromversorgung oder Schienenverkehr wurde infrage gestellt. Heute haben öffentliche Dienstleister praktisch den gleichen Status wie Hersteller privater Güter: Sie sollen ihre Leistungen auf möglichst wenig regulierten Wettbewerbsmärkten anbieten."

Damit verbunden waren Strukturreformen, die bedeuteten, dass öffentliche Unternehmen begannen, wie private Anbieter und Arbeitgeber zu agieren. Entsprechend gefährdet sind somit sowohl die Leistungen wie auch die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, aber auch die positive Wahrnehmung öffentlichen Eigentums an sich.

Schon früh und ausführlich thematisierten Interessenvertretungen in Österreich diese Problematik bei der Post oder den ÖBB. Aktuell sind offenbar die Folgen der diversen „Effizienzsteigerungen" im Gesundheitswesen besonders stark spürbar: Laut einer aktuellen Umfrage der AK stehen bei den Beschäftigten Arbeitszeiten und Bezahlung im Zentrum der Kritik. Ebenso sinkt an verschiedenen Stellen die Zufriedenheit mit der öffentlichen Gesundheitsversorgung.

Gestaltungsspielräume und Visionen

Trotzdem gilt, dass öffentliches Vermögen in jedem Fall die Chance zur bewussten politischen Gestaltung eröffnet und damit auch zur Lösung zentraler Probleme unserer Zeit maßgeblich beitragen kann. Romana Brait erklärt dies beispielhaft im Kontext mit dem Klimawandel: „Der Ausbau des öffentlichen Vermögens kann einen entscheidenden Beitrag zur Lösung der Klimakrise leisten. Sofortmaßnahmen wären z. B. der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, Maßnahmen zur thermischen Sanierung, der Ausbau der Radwegeinfrastruktur und höhere Ausgaben für die Klima- und Energieforschung." Zu den wesentlichen Visionen gehört zudem das (wirtschafts-)demokratische Potenzial im Kontext mit dem öffentlichen Eigentum bzw. Vermögen. Das ist eine Frage, die keineswegs nur theoretische Köpfe beschäftigte. Bereits in den Gründungsdokumenten des ÖGB verbindet sich die Forderung nach Verstaatlichung der Schlüsselindustrien mit den Ideen eines demokratischen Wiederaufbaus.

„Das ist mein"

Darüber hinaus war und ist eine kritische Haltung zum Privateigentum seit jeher vielen „großen" DenkerInnen wichtig. Der Aufklärer Jean-Jacques Rousseau meinte etwa: „Der Erste, der ein Stück Land eingezäunt hatte und dreist sagte: ‚Das ist mein' und so einfältige Leute fand, die das glaubten, wurde zum wahren Gründer der bürgerlichen Gesellschaft. Wie viele Verbrechen, Kriege, Morde, Leiden und Schrecken würde einer dem Menschengeschlecht erspart haben, hätte er die Pfähle herausgerissen oder den Graben zugeschüttet."

Etwas weniger pathetisch, dafür sehr anschaulich brachte die entsprechende Problematik vor einigen Jahren meine damals knapp zehnjährige Tochter auf den Punkt. In einem beliebten Badeort waren inzwischen viele Strände, Stege und sogar Wege radikal privatisiert worden und daher für uns unzugänglich. Unsicher deutete sie nach einer längeren Tour schließlich auf eine Parkbank: „Darf ich mich da kurz hinsetzen, oder ist das hier auch privat?"

---

kontrast.at zu schwarz-blauen Privatisierungen:
tinyurl.com/y3o9v8vr

aw-Blog „Öffentliche Vermögen – abseits der Schuldenparanoia"
tinyurl.com/y3kwopaj

Böckler-Stiftung
„Europa drängt auf Privatisierung"
tinyurl.com/yyuh3fkf

AK-Studie „Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen in der EU und Österreich"
tinyurl.com/y6dlpjhx

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor
johnevers@gmx.net

oder an die Redaktion
aw@oegb.at

„Als EPU beginnt man, um frei, nach eigenen Vorstellungen und selbstbestimmt zu arbeiten, aber nicht um allein zu arbeiten", sagt Grafikerin Gabi Damm.

© Markus Zahradnik

Das Beste beider Welten

Bei Beschäftigungsgenossenschaften greifen die Vorteile von selbstständiger Arbeit und sozialer Sicherheit des Dienstverhältnisses ineinander. Bringt diese österreichische Pionier-Idee EPUs das gute Leben?

Beatrix Beneder
Freie Journalistin

Die Nachteile der Selbstständigkeit ausgleichen, aber die Vorteile genießen, indem man sich zur Genossenschaft zusammenschließt: Dieser Gedanke stand am Anfang, als das Quartett Gabi Damm, Bernd Haberl, Max Limbeck und Jörg Lenneis im Jahr 2018 die Lekton-Beschäftigungsgenossenschaft gründete. „Wir sind GenossInnen im Sinne einer solidarischen Unternehmensform – keine KollegInnen, das ist eine Stärkung und bringt eine neue Qualität", sagt Lekton-Grafikerin und Designerin Gabi Damm.

Das Team, zu dem inzwischen die Grafikerin und Kartografin Manuela Schmid dazugestoßen ist, arbeitet in einem Bereich, der AK und Gewerkschaften seit vielen Jahren beschäftigt: die Kreativ- und IT-Branche, die allzu oft leider durch Prekarität geprägt ist – in der aber zusätzlich Innovation das tägliche Brot ist. Beides ist den GründerInnen der Lekton-Beschäftigungsgenossenschaft vertraut. Unter dem Titel „G'scheiter Arbeiten 4.0" reichte das Team deshalb beim „Digitalisierungsfonds Arbeit 4.0" ein Projekt ein. Mit diesem Fonds fördert die Arbeiterkammer Wien Projekte und Initiativen, die die Digitalisierung aus der Perspektive von ArbeitnehmerInnen betrachten.

Neue Wege der Zusammenarbeit

„G'scheiter Arbeiten 4.0" bedeutet für die Lekton-GenossInnen unter anderem, neue Wege zu suchen, wie man besser zusammenarbeiten könnte. Allerdings geht es dem Team nicht nur darum, die Qualität der Arbeit selbst zu verbessern. Vielmehr sucht man auch nach der berühmten „besseren Work-Life-Balance". Oder um es in ihren Worten auszudrücken: Mit ihrem Projekt wollen sie herausfinden, ob durch bessere Zusammenarbeit eine „Arbeitszeitreduktion auf durchschnittlich sechs Arbeitsstunden pro Tag" erreicht werden könnte. Dazu wird die Genossenschaft vom Forschungsinstitut FORBA arbeitssoziologisch begleitet. Workflow und Teamdynamik beobachtet die Organisationsberatung accompany. Ziel ist es, Technologien des Vernetzens, Kooperierens und Projektmanagement speziell für die Rechtsform der Beschäftigungsgenossenschaft zu entwickeln, und zwar idealerweise Open-Source-basiert.

Es ist eine ausgesprochen spannende Idee, den 200 Jahre alten Genossenschaftsgedanken auf Ein-Personen-Unternehmen (EPU) umzulegen. Mit 315.900 Betrieben sind sie die größte Unternehmensform in Österreich. Groß, vielfältig, uneinheitlich. Spitzenverdiener wie international tätige IT-

BeraterInnen oder RechtsanwältInnen gehören genauso dazu wie die Pflegebetreuerin oder der Tiertrainer. Eine Studie der L&R Sozialforschung untersuchte das Themenfeld und förderte ernüchternde Zahlen zutage: Der Mittelwert der Arbeitszeit liegt bei 48,6 Stunden pro Woche, das Medianeinkommen liegt bei 16.322 Euro, und der Anteil der armutsgefährdeten Haushalte mit 13,8 Prozent deutlich über dem unselbstständig Beschäftigter.

Keine soziale Sicherheit

Die soziale Sicherheit eines „regulären" Dienstverhältnisses erreicht kein EPU. Mindestens 27 Prozent der Einnahmen bezahlt man für die SVA – ähnlich viel wie ArbeitnehmerInnen, nur mit weniger Schutz. So muss man beim Arztbesuch 20 Prozent Selbstbehalt bezahlen und erhält Krankengeld erst ab dem 43. Tag. „Für EPUs gibt es keine soziale Sicherheit. Wir werden wie Unternehmen behandelt, haben aber eine völlig andere Lebenssituation", so Sigrun Saunderson von den „Amici delle SVA" , einer Interessenorganisation für EPUs. Sie fordern die Mindestbeitragsgrundlage zu senken und den Selbstbehalt für Einkommen unter 14.000 Euro abzuschaffen.

Ob für Saunderson persönlich die Beschäftigungsgenossenschaft als Option interessant sei? Lachend lehnt sie ab: „Dafür ist mein Drang zur Unabhängigkeit viel zu groß." Und bestätigt damit ein Hauptmotiv für die Selbstständigkeit. Ein EPU-Factsheet der WKO zählt Unabhängigkeit, Selbstverwirklichung und flexible Zeiteinteilung zu den Top-Gründermotiven. Der Preis dafür ist allerdings oftmals Vereinzelung, denn einen Platz in einer Bürogemeinschaft kann man sich nicht ohne Weiteres leisten. Lekton-Grafikerin Damm erinnert sich an ähnliche Erfahrungen: „Als EPU beginnt man, um frei, nach eigenen Vorstellungen und selbstbestimmt zu arbeiten, aber nicht um allein zu arbeiten." Wer mit den GenossInnen spricht, merkt: Das ist eine Wahl-, keine Notgemeinschaft. „Wir haben uns aus einem Bedürfnis nach mehr Arbeitsqualität zusammengefunden", sagen die GründerInnen. Eine neue Qualität des Arbeitens zu erproben, jenseits des heroischen Einzelkämpfertums und klassischer Firmenhierarchien. Dabei geht es um Selbstbestimmung, Teilhabe, Gleichwertigkeit und einen ausgeprägten Sinn für die Bedeutung, eine Balance zwischen den Lebensbereichen zu finden. Gemeinsam zahlen sie sich als freie DienstnehmerInnen ein Gehalt aus. Lekton strebt vollversicherte Dienstverhältnisse an.

Es ist eine ausgesprochen spannende Überlegung, ob die 200 Jahre alte Genossenschaftsidee für die EPUs eine gute Variante wäre, dem Kreislauf des Prekariats zu entkommen. Im Kern verbinden sie so die Vorteile der Eigenständigkeit mit denen eines starken Netzwerks. Besonders trifft dies auf Beschäftigungsgenossenschaften zu: unternehmerische Freiheit und sozialer Schutz. Tun sich EPUs in einer Genossenschaft zusammen, teilen sie die Betriebskosten für Büro, Infrastruktur, arbeiten bei Aufträgen zusammen und stellen sich dafür selbst an. Sie geben einen Teil ihrer Eigenständigkeit zugunsten gemeinsamer Unternehmenssteuerung und sozialer Sicherheit auf. Juristisch gesehen ist man als GenossenschafterIn ein Hybrid aus MiteigentümerIn und MitarbeiterIn.

Das Offene Technologielabor in Oberösterreich war die erste österreichische Beschäftigungsgenossenschaft. Seit ihrer Gründung im Jahr 2014 ist die Genossenschaft auf 15 Mitglieder und zusätzlich vier Angestellte angewachsen. Gearbeitet wird in der wissenschaftlichen Beratung, Regionalentwicklung, Entwicklung von Bauprojekten und Mediengestaltung für Kunden wie FemTech, Ars Electronica Center oder KET (Kinder erleben Technik). „Wirtschaftlich hat es sich voll bewährt, es haben sich Gewerke gebildet, die kooperieren", sagt Gründungsmitglied Martin Hollinetz. Sein Motiv zur Genossenschaftsgründung kam aus der Erfahrung in vielen Gesprächen mit EPUs: „In Unternehmen gibt es den ArbeitnehmerInnenschutz und irgendeine Art der Personalentwicklung, die sich um MitarbeiterInnen kümmert. Aber bei Einzelunternehmen gibt es niemanden, der sich um die Balance zwischen Arbeit und Leben kümmert."

Gerade die Kreativ- und IT-Branche ist durch Prekariat geprägt. Mit ihrer Beschäftigungsgenossenschaft wollen sie neue Wege gehen: Manuela Schmid, Bernd Haberl, Jörg Lenneis, Gabi Damm, Max Limbeck und Jörg Lenneis (v. l. n. r).

© Markus Zahradnik

1.600 Euro brutto

Nach den Jahren schätzt er auch die großen wirtschaftlichen Vorteile: „In puncto Kapital und Kompetenz lassen sich ganz neue Ziele erreichen. Man bekommt mehr Planungssicherheit und bringt mehr Liquidität auf den Tisch." Den Genossenschaftsbeitrag legen die Mitglieder selbst fest, in der Höhe des individuell gewünschten Bruttogehalts. Jedes Mitglied bringt einen persönlichen Businessplan ein, mit welchen Projekten man zur Deckung der in Kostenstellen organisierten Einheiten beiträgt. Für nicht realisierte Projekte werden Rücklagen gebildet. Fast alle arbeiten in einer 30-Stunden-Anstellung und verdienen um die 1.600 Euro brutto. „Zeit-

wohlstand ist uns wichtig. Wenn ich genug erwirtschaftet habe, kann ich etwas Experimentelles machen, das bringt eine gute Lebensbalance ins Unternehmerische."

G'scheit, aber aufwendig

Denken in Kooperation ist g'scheit, aber aufwendig. Wer sich in einer Beschäftigungsgenossenschaft zusammentut, braucht Zeit und Geduld für Abstimmungsprozesse bis hin zur Bereitschaft, Entscheidungen neu zu überdenken. „Man muss kooperativ und kommunikativ sein. Das ist wie in einer WG. Über Grunddinge muss man sich einig sein. Für viele „EinzelkämpferInnen" ist das ein Horror. Es braucht kulturell eine andere Herangehensweise, und das ist eine große Herausforderung", so Hollinetz von Otelo.

Aber die Gründung einer Genossenschaft braucht Zeit. Satzung, Haftungsgrenzen, Klärung arbeitsrechtlicher Belange, Eintragung in einem Revisionsverband: Das kann schon bis zu eineinhalb Jahre dauern. Bisher gingen diesen Weg Otelo, New World of Work, Smart, Inrego und eben Lekton. Die einen verstehen sich als enger Zusammenschluss, die anderen eher als solidarische Dachgemeinschaft. Gemeinsam haben sie den Wunsch, neue Formen des Zusammenarbeitens auszuprobieren.

Innovative Wege für eine bessere Zusammenarbeit finden ist der Anspruch von Lekton. Die bessere Work-Life-Balance ein Ziel.

© Markus Zahradnik

„Selbst und ständig", heißt der oft gar nicht ironisch gemeinte Stehsatz von Ein-Personen-UnternehmerInnen. Lekton-Grafiker und Programmierer Bernd Haberl kennt das Dilemma des Zuviel oder Zuwenig: „Entweder kann man sich gerade vor Arbeit nicht retten, oder man steht unter Druck, weil es zu wenig Aufträge gibt." Um diesem Dilemma zu begegnen, will man die Mitgliederzahl verdoppeln, denn so werden alle ein wenig ersetzbarer und können sich gegenseitig gut vertreten. In der Zusammenarbeit lassen sich Kompetenzen gut bündeln, zugleich wird arbeitsteiliger vorgegangen, man muss nicht mehr alles machen und können.

© Markus Zahradnik

„Entweder kann man sich gerade vor Arbeit nicht retten, oder man steht unter Druck, weil es zu wenig Arbeit gibt", schildert Bernd Haberl ein Dilemma der Selbstständigkeit. Die Genossenschaft soll ein Ausweg daraus sein.

Nach innen selbstständig

Das Portfolio von Lekton ist vielfältig: Die Genossenschaft macht Grafikdesign, gestaltet Websites, bereitet komplexe Datensätze als Infografiken auf und entwickelt (Open-Source-)Software. Lekton arbeitet für kleine und auch große Auftraggeber der öffentlichen Hand wie für die Statistik der Stadt Wien oder im Rahmen eines Forschungsprojekts für das Tech Lab des Technischen Museums. Hier bringt die Beschäftigungsgenossenschaft das Plus, professioneller wahrgenommen zu werden, während nach innen hin jeder selbstständig bleibt.

Digitalisierungsfonds Arbeit 4.0 der AK Wien
wien.arbeiterkammer.at/digifonds
Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
beatrix@beneder.info
oder an die Redaktion
aw@oegb.at

© Matthias Obergruber

Nicht zuletzt

von

Ingrid Reischl
Leitende Sekretärin des ÖGB
für Grundsatz

Ein gutes Leben für alle!

Nach Parlamentswahlen ist es bekanntlich üblich, dass von allen Seiten Wünsche an die Politik herangetragen werden. Natürlich gibt es auch vonseiten der ArbeitnehmerInnen-Bewegung eine Vielzahl von Forderungen. Aber zum Schluss laufen sie alle darauf hinaus, dass sich das Leben der Menschen verbessern muss.

Mehr Mitbestimmung

Die ArbeitnehmerInnen in Österreich arbeiten viel – mit 41,2 Stunden in der Woche am zweitlängsten in der EU, wenn man die gearbeiteten Stunden von Vollzeitkräften vergleicht. Gleichzeitig arbeitet fast jede zweite Frau Teilzeit. Das ist eine Schieflage in der Verteilung der Arbeitszeit – es braucht mehr Mitbestimmung in der Gestaltung der eigenen Arbeitszeit.

Dabei geht es nicht nur darum, dass Arbeitszeit und Freizeit auch planbar sind und nicht nur dann lang gearbeitet wird, wenn es gerade erforderlich ist – es geht auch darum, dass die ArbeitnehmerInnen Freizeit haben, wenn sie es gerade brauchen.

Das ist Arbeitszeitflexibilisierung, wie wir sie in der Gewerkschaft verstehen! Aber in einer Arbeitswelt, die immer höhere Ansprüche an die ArbeitnehmerInnen stellt, in der die Arbeit sich immer weiter entgrenzt, brauchen ArbeitnehmerInnen auch mehr Zeit für Erholung: Also mehr Urlaub und einen Anspruch auf die 4-Tage-Woche!

Soziale Sicherheit!

Nur wer sich sicher sein kann, dass es im Alter, bei Arbeitslosigkeit, Krankheit oder bei Unfällen ein starkes Sicherheitsnetz gibt, kann ein gutes Leben führen. Die vergangene Bundesregierung hat viel dazu beigetragen, dass das soziale Netz für ArbeitnehmerInnen in Österreich Risse und Lücken bekommen hat. Die Zwangsfusion in der Sozialversicherung ist hier ein Paradebeispiel. Pikantes Detail: Der Chef der Gesundheitsversorgung der ArbeitnehmerInnen ist ein Kärntner Hotelier, der in der ÖGK gar nicht versichert ist.

Husch-Pfusch

Laufend kommen die Meldungen, dass die Husch-Pfusch-Fusion zum Millionengrab wird und wir uns in Richtung einer Basisversorgung bewegen. Es braucht aber eher mehr als weniger an Solidarität, um soziale Sicherheit für alle zu gewährleisten.

Das fängt bei strukturellen Fragen an; sprich: Die ArbeitnehmerInnen müssen wieder das Sagen in ihrer Sozialversicherung haben, damit unser Gesundheitssystem nicht am privaten Markt verscherbelt wird. Es braucht aber auch ganz konkret mehr Prävention im Job oder mehr Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik.

Das berühmte Stück vom Kuchen – die Lohnsteuereinnahmen – sprudeln heuer, die Wirtschaftsprognosen fürs kommende Jahr sehen gedämpft aus. Laut WIFO wird das BIP-Wachstum von 1,5 Prozent stark von der Inlandsnachfrage getragen. Das heißt: Diese muss weiter gestärkt werden, und das geht am besten mit einem kräftigen Plus bei Gehaltsverhandlungen.

Fairer Beitrag von allen!

Das bedeutet aber auch, dass wir in unserem Steuersystem Ungerechtigkeiten beseitigen müssen. Das Gros des Steueraufkommens erbringen die ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen. Bei der Besteuerung von Vermögen ist Österreich jedoch Schlusslicht. 1,3 Prozent an vermögensbezogenen Steuern war der Anteil am gesamten Steueraufkommen. Nur in Estland und der Slowakei war es noch weniger. Große Vermögen sollen nicht in irgendwelche Parteikassen fließen, sondern dem Erhalt unseres Sozialstaates zugutekommen – etwa für die Finanzierung der Pflege durch eine Millionärsabgabe.

Es gibt viel zu tun in den nächsten Jahren. Von der kommenden Regierung erwarten wir, dass sie sich für die vielen ArbeitnehmerInnen einsetzt und zwar in allen Lebensbereichen. Ob sie das erreicht: Daran werden wir sie messen!

A&W blog

Highlights aus dem awblog.at, der digitalen Ergänzung zur Printausgabe der „Arbeit&Wirtschaft“.

Es gibt keinen Plan(eten) B. Höchste Zeit für sozial gerechten Klimaschutz!

Florian Wukovitsch

Klimapolitik ist vor allem eine soziale Frage: Beschäftigungs- und Verteilungsfragen müssen beim Klimawandel berücksichtigt werden. Da rein technologische Lösungen nicht die notwendige rasante Trendwende bringen werden, braucht es klimapolitische Ansätze, die gut vermittelbar sind und breite Unterstützung finden.

Der Ausstieg aus fossilen Energieträgern wird sowohl Produktionsprozesse als auch die Kostenstrukturen verändern. So fehlt es bereits heute beispielsweise bei den Kosten der Stromerzeugung an Verteilungsgerechtigkeit. Der Europäische Gewerkschaftsbund hat erst jüngst Leitlinien zu einer sozial gerechten Klimapolitik veröffentlicht. In Österreich haben Organisationen im Umfeld der zivilgesellschaftlichen Allianz „Wege aus der Krise“ das Positionspapier „Just Transition: Klimaschutz demokratisch gestalten!“ erarbeitet. Auch die AK engagiert sich auf nationaler wie europäischer Ebene für eine sozial gerechte Ausgestaltung einer ambitionierten Klimapolitik und fordert unter anderem ein Klimainvestitionspaket für Österreich.

Lesen Sie mehr:
awblog.at/sozial-gerechter-klimaschutz

Wohnort bestimmt Pflegeleistung

Andrea Tumberger

Rund 460.000 Menschen in Österreich sind auf Pflege angewiesen. Viele von ihnen werden von ihren Angehörigen zu Hause gepflegt, und das oft neben deren Berufstätigkeit. Je nach Bundesland gibt es große Unterschiede bei den Angeboten der Pflegeleistung. Zu erfahren, welche Pflegeleistungen vor Ort angeboten werden, ist auch nicht immer einfach und benötigt schon mal einige Recherche. Abhilfe könnte eine „Pflegeservicestelle“ bieten, bei der alle Informationen gebündelt zusammenlaufen.

In Österreich gibt es so gut wie keine bundesländerübergreifenden Leistungen in der Langzeitpflege. Eine Harmonisierung der neun Ländersysteme könnte hier Abhilfe schaffen. So könnte ein Pflegegarantiefonds ein einheitliches Leistungs- und Kostenniveau für alle Menschen in Österreich bringen. In diesem Fonds könnten die Gelder gebündelt und damit eine wirksame gemeinsame Steuerung und zielgerichtete Entwicklung der Langzeitpflege umgesetzt werden. Dies schafft ein System, das pflegende Angehörige entlastet und Menschen mit Pflegebedarf stärker unterstützt.

Lesen Sie mehr:
awblog.at/wo-du-wohnst-welche-pflegeleistung-du-erhaeltst

Wenn Ihnen ein Blogbeitrag gefällt, belohnen Sie uns und die Autorinnen und Autoren doch damit, dass Sie den Beitrag per Facebook, Twitter, E-Mail oder – ganz klassisch – per Mundpropaganda an interessierte Menschen weitergeben!

Wir freuen uns, wenn Sie uns abonnieren:

awblog.at

Sie finden uns auch auf Facebook & Twitter
facebook.com/arbeit.wirtschaft & twitter.com/AundW

AK

Ein Fünftel will Job wechseln

Arbeitsklima Index: Ursachen sind schlechte Arbeitsbedingungen, mäßige Bezahlung und fehlende berufliche Perspektiven. Besonders betroffen: Tourismus, Gastronomie und Handel.

Etwa ein Zehntel der Beschäftigten in Österreich will aktuell den Job wechseln: Das zeigt eine aktuelle Auswertung des Österreichischen Arbeitsklima Index. Rund 12 Prozent ziehen sogar einen gänzlichen Berufswechsel in Erwägung. Das liegt an schlechten Arbeitsbedingungen, mäßiger Bezahlung und fehlenden beruflichen Perspektiven. „Wer die Leistungen der Beschäftigten nicht respektiert, darf sich nicht wundern, wenn sie die Firma verlassen oder gar den Beruf wechseln wollen", sagt daher AK-Präsident Johann Kalliauer.
Insgesamt ziehen etwa 20 Prozent aller ArbeitnehmerInnen bzw. 700.000 Beschäftigte in Erwägung, ihre jetzige Beschäftigung oder sogar ihren Beruf zu wechseln. Unter den jungen ArbeitnehmerInnen unter 25 Jahren sind es sogar 35 Prozent. Auffällig sind auch geografische Unterschiede: In Wien wollen 30 Prozent ihre Firma oder den Beruf wechseln, in Salzburg 24 Prozent. In allen anderen Bundesländern liegen die Anteile unter dem Durchschnitt.
Den stärksten Drang zur beruflichen Veränderung haben Beschäftigte in der Gastronomie, im Tourismus und im Handel: Beinahe vier von zehn KellnerInnen, 36 Prozent der RegalbetreuerInnen und ein Drittel der Angestellten in Gasthäusern und Hotels wollen künftig etwas anderes arbeiten. Am anderen Ende der Skala ziehen nur ganz wenige Bankangestellte und PolizistInnen in Erwägung, sich eine andere Beschäftigung zu suchen.
Hauptgrund, den Job oder Beruf wechseln zu wollen, ist die negative Einschätzung der wirtschaftlichen Situation des Betriebs. Auch schlechter Führungsstil und mangelnde Zufriedenheit mit der eigenen Tätigkeit nähren den Wunsch nach beruflicher Veränderung. Nicht zuletzt haben auch geringe Einkommen und niedrige Einkommenszufriedenheit, schlechtes Betriebsklima, Zeitdruck und Arbeitsdruck sowie mangelnde Karriere- oder Entwicklungsmöglichkeiten einen spürbaren Einfluss auf die Höhe der Fluktuation in den Berufen und Branchen.
„Die Gründe, warum so viele Menschen den Job wechseln oder wechseln wollen, sind ganz unterschiedlich, haben aber eines gemeinsam: mangelnden Respekt der Unternehmen vor den Leistungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Denn wer seine Beschäftigten anständig behandelt, ordentlich bezahlt und ihnen berufliche Perspektiven eröffnet, der wird sie auch halten können", so AK-Präsident Kalliauer.

Mehr: ooe.arbeiterkammer.at/arbeitsklima

AK/ÖGB

Weg mit den Barrieren!

Rund 80 Prozent der Unternehmen schließen Menschen mit Behinderung aus.

Ein Drittel aller Menschen mit Behinderung fühlt sich nach wie vor am österreichischen Arbeitsmarkt diskriminiert. So lautet das Ergebnis einer neuen SORA-Studie zum Thema „Diskriminierungserfahrungen in Österreich", die Anfang Oktober bei einer Fachtagung präsentiert wurde. „Um die Arbeitsmarktchancen von Menschen mit Behinderung tatsächlich zu erhöhen, müssen neben gezielten Förderungsmaßnahmen auch die Barrieren in den Köpfen abgebaut werden – vor allem bei denjenigen, die nur Hürden sehen, aber nicht die Potenziale dieser Menschen wahrnehmen", so ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian.
Seit 2006 ist in Österreich das Behindertengleichstellungspaket in Kraft, seit 2008 gilt die UN-Behindertenrechtskonvention. Letztere besagt: Voraussetzung für eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft ist ein gleichberechtigter Zugang zu Arbeit. Diese gesetzliche Gleichstellung wird allerdings großteils von den Betrieben ignoriert. „Rund 80 Prozent der Unternehmen erfüllen ihre Verpflichtung nicht zur Gänze und schließen Menschen mit Behinderung aus. Offensichtlich ist die Ausgleichstaxe, die dafür zu zahlen ist, zu gering – sie muss spürbar höher werden", forderte AK-Präsidentin Renate Anderl.
Die Arbeitsmarktstatistik zeigt, dass Menschen mit Behinderung nur in geringem Ausmaß von der guten wirtschaftlichen Situation profitieren und nur schwer einen Arbeitsplatz am regulären Arbeitsmarkt finden. Während die Zahl der Arbeitsuchenden im September 2019 insgesamt sank, nahm sie für Menschen mit Behinderung um vier Prozent zu – aktuell sind 12.273 als arbeitsuchend vorgemerkt. Auch die Zahl der Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen auf Arbeitsuche stieg um 4,7 Prozent auf insgesamt 60.523. Aktive Arbeitsmarktpolitik und gezielte Förderung, besonders auch Weiterqualifizierung, sind daher unerlässlich.
Besonders Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf stehen vor einer „gläsernen Decke", die den Regelarbeitsmarkt für sie oft unerreichbar macht. Behindertenanwalt Hansjörg Hofer hofft, dass die zukünftige Bundesregierung ihre Verantwortung für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen wahrnehmen wird: „Vorschläge für nachhaltig wirksame Maßnahmen liegen längst auf dem Tisch und müssen nur umgesetzt werden."

Zur Studie: tinyurl.com/y3u3aelk

Man kann nicht alles wissen ...

Demagogie: Volksverführung, politische Hetze (Seite 4)

ECTS-Punkte: Das Europäische System zur Anrechnung, Übertragung und Akkumulierung von Studienleistungen (European Credit Transfer and Accumulation System) wurde 1989 als Pilotprojekt gestartet und wird heute im gesamten Europäischen Hochschulraum angewandt. Damit sollen die von Studierenden erbrachten Leistungen vergleichbar und bei einem Wechsel der Hochschule auch Landesgrenzen überschreitend anrechenbar sein. Außerdem können Studierende damit bei Bewerbungen ihre Studienleistung und ihre Schwerpunkte detailliert belegen. So ist u. a. eine verkürzte Einarbeitungszeit in den Fachgebieten mit hoher Punktezahl möglich. (Seite 36)

Freiligrath, Ferdinand: deutscher Lyriker und Übersetzer (1810–1876); obwohl er selbst ab 1842 Freimaurer war, kritisierte Freiligrath immer wieder die unpolitische Haltung dieser Vereinigung. Er begrüßte die Revolution von 1848 und begann im selben Jahr als Redakteur der „Neuen Rheinischen Zeitung" von Karl Marx und Friedrich Engels. 1851 emigrierte er wegen kritischer Veröffentlichungen nach London. Später schloss er sich der nationalen Begeisterungswelle an und begrüßte mit patriotischen Gedichten den Krieg gegen Frankreich und die Reichsgründung von 1871. (Seite 4)

Freire, Paulo: brasilianischer Pädagoge und Autor (1921–1997); begann 1947 als Dozent für Philosophie und Erziehungswissenschaften an der Universität von Recife mit seiner Alphabetisierungskampagne, die aus mehreren Gründen bedeutend war: Nur wer lesen und schreiben konnte, durfte damals wählen; neben der reinen Alphabetisierung war das Ziel auch Bewusstseinsbildung. Dabei ging es um das Ende der „Kultur des Schweigens" – das ländliche Proletariat und die SlumbewohnerInnen duldeten damals ergeben ihr Schicksal und akzeptierten die herrschende Ungleichheit. 1964 nach dem Militärputsch wurde Freire inhaftiert, danach Emigration nach Chile. Dort wurde seine Methode für alle staatlichen Alphabetisierungsprogramme übernommen. 1980 kehrte er nach Brasilien zurück. (Seite 36)

Gender Pay Gap: zeigt auf, um wie viel niedriger der durchschnittliche Bruttostundenverdienst von Frauen im Vergleich zu dem von Männern ist. Herangezogen werden alle DienstnehmerInnen in Unternehmen mit mehr als 10 Beschäftigten in der Privatwirtschaft. Diese Berechnungsweise nach Stunden hat den Vorteil, dass unabhängig von der jeweiligen Arbeitszeit verglichen werden kann. (Seite 14)

Keynes, John Maynard: britischer Ökonom, Politiker und Mathematiker (1883–1946); seine zentrale Theorie war, dass das marktwirtschaftliche System auch bei flexiblen Preisen und Löhnen nicht automatisch zur Vollbeschäftigung tendiert, was bedeute, dass der Staat zeitweise regulierend eingreifen sollte. Seine Theorien dominierten bis Mitte der 1970er-Jahre die Wirtschaftspolitik der meisten westeuropäischen Staaten. (Seite 4)

Liebknecht, Wilhelm: der studierte Geisteswissenschafter (1826–1900) zählt zu den Gründervätern der SPD; nach seiner Teilnahme an der Revolution 1848 war er 13 Jahre im Exil, wo er in England engen Kontakt zu Marx und Engels hatte. Mit seinen radikaldemokratischen und revolutionär-marxistischen Positionen hatte Liebknecht wesentlichen Anteil daran, dass die SPD des 19. Jahrhunderts ideologisch an diesen Inhalten ausgerichtet wurde. Sein Sohn Karl war ebenfalls ein führender sozialdemokratischer Politiker, nach dessen Ermordung 1919 ging auch Sohn Theodor in die Politik. (Seite 36)

Negt, Oskar: deutscher Sozialphilosoph, geb. 1934, seit den frühen 1960er-Jahren ist er den Gewerkschaften eng verbunden; 1994 begründete Negt die Loccumer Initiative kritischer Wissenschafter mit, die sich nach eigenen Angaben aus Sorge um „die geistig-politische Vorherrschaft konservativer und neo-liberaler Ideologien im öffentlichen Leben" zusammengefunden hatte. In seinen letzten Büchern beschäftigte Negt sich hauptsächlich mit den Themen Arbeit, Würde und Globalisierung. (Seite 4)

PwC (PricewaterhouseCoopers) International: Globales Netzwerk rechtlich selbstständiger und unabhängiger Unternehmen in den Bereichen Wirtschaftsprüfung, Steuerberatung und Unternehmens- bzw. Managementberatung; gegründet 1849 in London. Mitgliedsfirmen in 158 Staaten und knapp 251.000 MitarbeiterInnen. Bei PwC Österreich mit seinen fünf Standorten sind mehr als 1000 MitarbeiterInnen beschäftigt. (Seite 28)

Revisionsverband: Revisionsverbände organisieren mit ihren rund 280 AbschlussprüferInnen die Prüfung für ihre primär aus dem Genossenschaftsbereich stammenden Mitglieder. Im Rahmen einer solchen Revision ist nicht nur die Gesetzmäßigkeit und Satzungsmäßigkeit des Jahresabschlusses zu prüfen, sondern auch, ob die Geschäftsführung den Geboten der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit entspricht. Darüber hinaus wird auch untersucht, ob die Genossenschaft ihren satzungsmäßigen Förderungsauftrag erfüllt hat. (Seite 42)

Rousseau, Jean-Jacques: französischsprachiger Philosoph, Schriftsteller, Komponist und Forscher (1712–1778), Wegbereiter der französischen Revolution. Das meiste Wissen eignete sich der gebürtige Genfer autodidaktisch an. Rousseau betrachtete die menschliche Geschichte als einen Prozess des Niedergangs, der ein in jeder Hinsicht radikal erneuertes Denken und Handeln erfordere. Seine in „Émile oder über die Erziehung" dargestellten Theorien beeinflussten viele Pädagogen. Der nach dem (darin propagierten) Prinzip der freien Selbstentfaltung aufgewachsene Mensch würde von sich aus später zum Gemeinwohl beitragen, so eine der Thesen seines Werkes „Vom Gesellschaftsvertrag oder Prinzipien des politischen Rechtes". (Seite 39)

Smith, Adam: schottischer Moralphilosoph und Aufklärer (1723–1790), gilt als Begründer der klassischen Volkswirtschaftslehre; in seinen Werken befasste er sich mit Arbeitsteilung, dem freien Markt, der Außenhandelstheorie und der Rolle des Staates. Smith sah den gesellschaftlichen Wohlstand in einem System der natürlichen Freiheit am besten verwirklicht. Er ging davon aus, dass durch die Verfolgung privater Interessen öffentliche Interessen oft am besten erfüllt würden. Der Staat solle nur Rahmenbedingungen schaffen und habe nur wenige zentrale Aufgaben wie etwa die Landesverteidigung, Schulen, Transportwesen u. ä. (Seite 4)

Soft Skills: „weiche" Fähigkeiten, soziale Kompetenz (Seite 36)

Verdienststrukturerhebung: alle vier Jahre in EU-Ländern durchgeführte Erhebung von Daten zu Löhnen und Gehältern sowie zur Arbeitszeit von Beschäftigten. Sie erfolgt nach harmonisierten Standards und liefert zuverlässige und aussagekräftige Vergleiche zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten. Für die befragten Unternehmen besteht Auskunftspflicht. (Seite 29)

Women in Work Index: alljährlich von PwC (siehe dort) erhobener Bericht, für den das Wohlergehen und die Präsenz von Frauen in der Arbeitswelt in 33 OECD-Ländern analysiert wird. Entscheidend sind dabei fünf Indikatoren: das geschlechtsspezifische Lohngefälle, die Erwerbsbeteiligung von Frauen, der Unterschied zwischen der Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen sowie Arbeitslosigkeit und Vollzeitbeschäftigung unter Frauen. Beim aktuellen, im März veröffentlichten Bericht mit speziellem Fokus auf China und Indien lagen Island und Schweden wie schon 2018 auf Platz eins und zwei. Seit dem Jahr 2000 haben Luxemburg und Polen die größten Verbesserungen erreicht, während Portugal, die USA und Österreich auffallend weit zurückgefallen sind. (Seite 26)

ÖGB VERLAG

www.oegbverlag.at

NEU

Buch + e-book

Arbeitsrecht in Frage und Antwort

Mag. Thomas Kallab / Mag.ª Marion Chwojka

Ratgeber / 17. Auflage / 416 Seiten
EUR 29,90 / ISBN 978-3-99046-427-4
Buch + e-book

Müssen bei einer Bewerbung alle früheren Tätigkeiten angeführt werden? Wann verjährt ein Urlaubsanspruch? Wann kann man aus sozialen Gründen eine Kündigung anfechten? Im Berufsleben ist jeder mit solchen Fragen konfrontiert. Der bewährte Bestseller aus dem Ratgeberprogramm des ÖGB-Verlags gibt auf alle arbeitsrechtlichen Probleme, die im Laufe eines Berufslebens auftauchen können, eine kompetente Antwort. Die Gliederung erfolgt nach Sachgebieten, die Aufarbeitung in Form von Fragen und Antworten. Die wesentlichen gesetzlichen Änderungen insbesondere zur Arbeitszeit und zur Gleichstellung von ArbeiterInnen und Angestellten sind eingearbeitet.

VERSANDKOSTENFREI BESTELLEN IM THEMENSHOP DES ÖGB-VERLAGS
www.arbeit-recht-soziales.at / kontakt@arbeit-recht-soziales.at

DIREKT IN DER FACHBUCHHANDLUNG DES ÖGB-VERLAGS
1010 Wien, Rathausstraße 21
T +43 1 405 49 98-132 / F +43 1 405 49 98-136

ÖGB www.oegb.at

SHOPPEN?

WOHNRAUM GESTALTEN?

WAS WÜRDEN SIE MIT **10.248 €** MACHEN?

ABENTEUERURLAUB?

10.248 € verdienen Frauen weniger im Jahr als Männer, deshalb fordern wir:

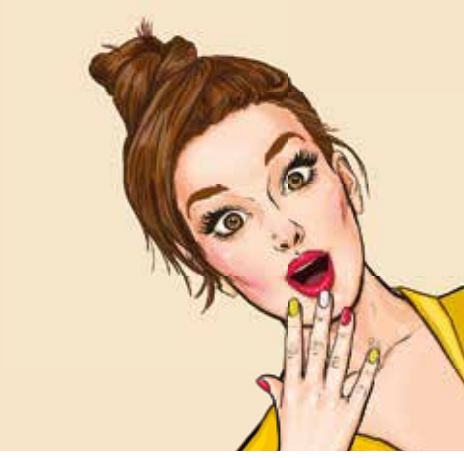
» Lohnschere schließen – JETZT!

» Gleiche Leistung – gleiche Bezahlung!

» Unbezahlte Arbeit gerecht verteilen!

» Mehr ganztägige Kinderbildungseinrichtungen!

NEUES AUTO?



GEWERKSCHAFTS
FRAUEN

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

_____

_____
Straße/Gasse Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

_____
Postleitzahl Ort

Besten Dank

AW

Österreichische Post AG MZ 02Z031759 M, ÖGB-Verlag, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
Retouren an Postfach 100, 1350 Wien